

Veranschaulichungen und Anzeigenpreise  
End in der Morgenausgabe anzeigen  
Redaktion: SW. 68, Cindenerstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 282 - 287  
Tel.-Wortapp. Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftszeit 9-5 Uhr  
Verleger: Hermann-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Cindenerstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 282 - 287

SW

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Verschärfung der Streiklage.

### Die Schuldfrage. — Baldwin's Verantwortung.

London, 7. Mai. Reuters gibt heute mittag folgenden Bericht aus: Die Streiklage ist unverändert. Der Versuch, den Straßenbahnverkehr mit Freiwilligen wieder aufzunehmen, wurde durch die schändliche Haltung der Menge verhindert. Die Polizei mußte von Gummiknüppeln Gebrauch machen. In London wurden gestern 47 Oswaldkugeln von der Menge beschlagnahmt. Die Lebensmittelversorgung ist zufriedenstellend. In einer Anzahl Restaurants ist das Personal in den Streik getreten.

#### Fast ausnahmslos ruhiger Verlauf.

London, 7. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Donnerstag ist im ganzen Lande ruhig verlaufen, auch im Londoner Osten, wo sich am Mittwoch eine gewisse Unruhe bemerkbar gemacht hatte, ist der Tag ohne Zwischenfälle vorübergegangen. In Edinburgh wurden sechs Personen, die am Mittwoch bei Ausschreitungen einige Fensterscheiben zertrümmerten und Polizeibeamte mit Steinen bewarfen, zu je 30 Tagen Gefängnis verurteilt. Ein Bericht von der Tötung eines Polizeibeamten in London hat sich als falsch herausgestellt.

Rur im Osten von Glasgow kam es zu ernstern Zwischenfällen. Es verbreitete sich das Gerücht, daß in einem Straßenbahn-Depot Streikbrecher untergebracht seien. Darauf stürmte die Menge mehrfach auf das Depot. Die Polizei nahm 66 Verhaftungen vor.

Der Streik der Droschkenchauffeure ist völlig gelungen; seit Donnerstagabend sind die Kutadroschken aus dem Londoner Verkehr verschwunden.

Die „British Gazette“ veröffentlicht am Freitag morgen einen Artikel „von einem Kabinettsminister“. Dieser Artikel stellt eine Beantwortung der Feststellungen des Generalrats der Gewerkschaften dar, und beschäftigt sich ebenfalls mit der Schuldfrage am Ausbruch des Streiks. Die Regierung hätte in den kritischen Stunden des Sonntags nicht nachgeben können, wenn sonst der Eindruck hätte entstehen können, daß sie aus Angst vor der Generallandung kapituliert habe.

#### Staatlicher Grubenbetrieb mit Streikbrechern.

London, 7. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Große Erregung verursachte im Unterhaus die Mitteilung des Generalstaatsanwalts auf eine Anfrage eines Arbeitersführers, daß durch eine Notverordnung den Grubenbesitzern staatlicher Schutz gewährt werden soll, um stillgelegte Gruben mit Hilfe von Streikbrechern neu zu eröffnen.

Der kommunistische Abg. Sakkatpala wurde vom Londoner Polizeigericht wegen aufreizender Reden im Hydepark zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

#### Die Verantwortung Baldwins.

V. Sch. London, 7. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das Problem der voraussichtlichen Dauer des Kampfes beginnt brennend zu werden. Nach den Äußerungen der Gewerkschaftsführer sind aber die Gewerkschaften imstande, den Zustand noch wochenlang fortzuführen. Man muß bedenken, daß der Ausbruch „Generallandung“ falsch ist. Es sind nur wenige große Gewerkschaften, die daran beteiligt sind: Eisenbahner, Lokomotivführer, Transportarbeiter, Buchdrucker und einige kleinere Kategorien, aber nicht die Beamten, keine Angestellten und keine Arbeiter anderer Kategorien. Daher wird das Wort „Generallandung“ von den Gewerkschaften selbst vermieden, die Bewegung wird offiziell als „kombinierte gewerkschaftliche Aktion zugunsten der Bergarbeiter“ bezeichnet.

Aber die Gewerkschaftsführer haben Mühe genug, die Streikluft anderer Verbände im Zaume zu halten. Der Eifer, mit dem die Streikenden der Solidaritätsparole gefolgt sind, weist darauf hin, daß weitere Streikparolen ebenso einheitlich befolgt werden würden. Wenn die Gewerkschaftsführer sagen, daß die Bewegung erst im Anfang sei, so ist das richtig. Noch ist es kein Generalstreik.

Deshalb war Baldwin sehr vorsichtig, als er schon am Sonntag die Forderung aufstellte und wiederholte: Zunächst Streikabbruch, dann Wiederaufnahme der Verhandlungen. Das bedeutet die Forderung einer Kapitulation der Gewerkschaften. Daran ist offensichtlich zu denken wie an einen bedingungslosen Rückzug der Regierung. Baldwin gilt auch in Arbeiterkreisen keineswegs als Scharfmacher, sondern nur als ungeschickt und durch die Diebstahls in der Regierung und außerhalb der Regierung durch die Faschisten und Schwerindustriellen Scharfmacher leicht beeinflussbar, die bei dieser Gelegenheit der Gewerkschaftsbewegung ein für allemal Herr werden möchten. Unter diesem Einfluß hat Baldwin versäumt, rechtzeitig in den Kohlenkonflikt einzugreifen. Unter ihrem Einfluß hat er den nebenstehenden Zwischenfall in der „Daily Mail“ benützt, um alle Verhandlungen abzubrechen und ein Ultimatum an den Gewerkschaftskongress zu richten, obwohl er inzwischen im Unterhaus zugeben mußte, daß die Unterhändler der Arbeiterpartei von dem Zwischenfall nichts wußten und erst durch ihn davon erfuhren. Unter dem Einfluß der Diebstahls hat er das auch bei uns bekannte Schlagwort der „Reaktionärer Regierung der Gewerkschaften“ gebraucht und die Bewegung damit beschuldigt, politischen Charakter zu tragen, obwohl er ebenso gut wie jeder in England wußte, daß der Name Thomas offen dafür bürgt, daß es sich um eine rein gewerkschaftliche Aktion handelt.

Die Frage ist: Wird sich Baldwin diesem Einfluß entziehen? Manche Anzeichen sprechen dafür. Zum Beispiel soll er wesentlich dazu beigetragen haben, daß die unglaubliche Provokation der

Streikenden durch das Vorgehen des Innenministers Johnston Hicks gegen den „Daily Herald“ wieder rückgängig gemacht wurde.

Sollte aber der englische Ministerpräsident dauernd unter dem Einfluß jener Scharfmacher bleiben, die den begonnenen Risikokampf nicht mit einer Verständigung, sondern mit einer Unterwerfung der Arbeiter beenden wollen, dann sind Dauer und Folgen dieser gigantischen Auseinandersetzung nicht abzusehen.

#### Der Buchdruckerstreik vollständig.

London, 7. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In ganz England erscheinen mit Ausnahme der beiden Streikblätter der Gewerkschaften und der Regierung so gut wie gar keine Zeitungen. Nur der „Times“ gelang es gestern und heute, je eine Ausgabe von 4 (statt 26 bis 32) Seiten zu veröffentlichen. Nach amtlichen Angaben sollen im ganzen Lande 30 Blätter in Notausgaben erscheinen. Das bedeutet, daß der Streik im Zeitungsgewerbe fast vollständig ist.

London, 7. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In ihrer Freitagnummer greift die „British Gazette“ die Gewerkschaften an wegen der Herausgabe ihres Streikblattes und versucht, daraus nachzuweisen, daß der Streik im Zeitungsgewerbe ein politischer Streik gegen politisch anders gerichtete Zeitungen sei. Demgegenüber ist festzustellen, daß die maßgebende Gewerkschaftsorganisation die Zustimmung zur Herausgabe eines Nachrichtenblattes erst erteilte, als die Regierung in ihrem durch Streikbrecher hergestellten Organ den Feldzug gegen die Gewerkschaften eröffnete hatte.

#### Frankreichs Buchdrucker solidarisch.

Paris, 7. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Buchdrucker-Gewerkschaft ist von ihrer englischen Schwesterorganisation und dem Generalkomitee des englischen Gewerkschaftsverbandes benachrichtigt worden, daß die englische Großpresse versuchen wird, in Paris und in einigen französischen Provinzstädten englische Zeitungen drucken zu lassen. Daraus hat der Vorstand der französischen Drucker-Gewerkschaft seine Anhänger zur Wahrung der Solidarität mit ihren englischen Kollegen ermahnt und sie aufgefordert, jede Arbeit für englische Druckereien abzulehnen.

#### Eingreifen des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Amsterdam, 7. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Internationale Gewerkschaftsbund wurde vom englischen Gewerkschaftsbund darauf aufmerksam gemacht, daß Bestrebungen im Gange sind, die englischen Zeitungen in Paris oder anderswo drucken zu lassen. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat sofort alle Organisationen telegraphisch von diesem Plan unterrichtet und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß überall Solidarität geübt wird. Auf telegraphisches Ansuchen aus London hat der Internationale Transportarbeiterverband die nötigen Maßnahmen getroffen, daß jede Fischausfuhr von Holland nach England eingestellt wird. Beim Internationalen Gewerkschaftsbund sind aus allen Teilen der Welt Sympathie Kundgebungen für die englischen Arbeiter eingetroffen.

#### ADGB. gegen Flaggenverordnung.

##### Dritte Tagung des Ausschusses.

Der Ausschuh des ADGB trat heute morgen zu seiner dritten Tagung zusammen und nahm vor Eintritt in die Tagesordnung eine Entschliehung gegen die Flaggenverordnung der Reichsregierung an. Im Anschluß daran berichtete Leipart über den Kampf in England.

#### Wespen.

##### Die Wirkung der Rede Scheidemanns.

Die kräftige Rede Scheidemanns in der gestrigen Reichstags-Sitzung hat den Schwarm der Wespen aufgeschreckt. Die Rechtspresse überbietet sich in Beschimpfungen des sozialdemokratischen Sprechers. Den Vogel schießt wieder einmal die „Kreuzzeitung“ des Grafen Westarp ab. Ihr Parlamentsredakteur ist erst vor einigen Tagen wegen Beleidigung des preussischen Ministerpräsidenten zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt worden. Aber das hindert ihn nicht, wieder einen Sozialdemokraten in der bel ihm üblichen Art anzugreifen. Er nennt Scheidemann einen „roten Helven von der traurigen Gestalt“, spricht von seiner „abgründigen Verlogenheit“, von „fallschirmzuger Komödie“.

Schließlich muß sogar Bethmann Hollweg herhalten, um die Wahrheitsliebe der „Kreuzzeitung“ zu illustrieren. Noch ihr soll Scheidemann Anfang November 1918 dem Reichstanzler Bethmann Hollweg erklärt haben, dieser müsse dem Kaiser den Rücktritt nahelegen.

Jedes politische Kind weiß aber, daß Bethmann Hollweg bereits im Jahre 1917 von seinem Amt zurückgetreten war, weil Ludendorff es so verlangt hatte!

#### Aktivität der Putschisten.

##### Chrhardt und Nicolai.

Die Rechtsputschisten wittern Morgenluft. Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, haben Chrhardt und Nicolai im Westen eine rege Tätigkeit entwickelt, um die putschistischen Organisationen enger zusammenzuschließen.

## Jenseits von Raum und Zeit.

### Für alle Ewigkeit vorgesorgt.

Lugano, Anfang Mai 1926.

Gegen den großen Juristen Senator Luigi Lucchini liegt seit längerer Zeit ein Strafantrag vor wegen Beleidigung Mussolinis. Er hat eine der zahlreichen Reden dieses Ministers in seiner „Rivista Penale“ abgedruckt mit der Bemerkung, daß die Wiedergabe erfolge, „wegen des kriminalistischen Interesses“, das die Rede biete.

Wir zweifeln nicht daran, daß derselbe Senat, der den Generaldirektor der Polizei De Bono freigesprochen hat, den Rechtsgelehrten verurteilen wird. Nichts ist heute gefährlicher, als das Kind beim rechten Namen nennen. Die Rede, die Mussolini bei Gelegenheit der Wiederaufnahme der Kammerarbeiten am 29. April gehalten hat, gehört offenbar eher in eine psychiatrische als in eine strafrechtliche Zeitschrift, aber man kann nach den Erfahrungen Lucchinis seinem der Irrendärzte des Senats den Rat geben, dieses Dokument in den Bereich seiner Spezialität zu ziehen.

Früher schalte in den Reden Mussolinis beständig das „Ich“ wieder: ich befehle, ich heiße, ich spreche meine hohe Genugtuung aus. Dann kam der „pluralis majestatis“ aber der war gleichzeitig schon von Farinacci in Anspruch genommen. Jetzt spricht Mussolini von sich selbst in der dritten Person. „Die Kugeln gehen vorbei, Mussolini bleibt“, sagt er in Mailand und tritt für dieses Wort eigens ein zweites Mal auf den Balkon. In der Kammer sagt er: „Mussolini hat seinen eignen unverkennbaren Stil und liebt seinen Teil vom Risiko.“ Er spricht für die Geschichte; er ist sein eigener Tacitus.

Aber die Perspektive der Ewigkeit hat der Faschistenführer nicht nur in dem Sinne, daß das bloße Stenogramm seiner Reden schon Weltgeschichte ist; mit der Ewigkeit in der Geschichte ist es dem Faschismus nicht genug. Er rüstet sich dazu, in alle Ewigkeit die Geschichte selbst zu machen.

Man lese und überdenke die nachstehende Rede, wobei man sich vorichtshalber aller Nebenberahtungen nach Möglichkeit enthalte:

„Die Epitaph, die diese eure bedeutungslosle Kundgebung hervorgerufen hat, liegt in meinem Gedächtnis schon weit zurück und wenn ich daran denke, empfinde ich nur Mißbehagen und Dummheit, wie gegenüber etwas Sinnlosem. Nach dem ziemlich ereignisreichen Tage vom 7. April sind Besorgnisse zutage getreten, weniger wegen des Geschehnisses auf dem Kapital als wegen des Nachfolgenden, das dann auf dem Boden Afrikas seine Entwicklung fand. Ich möchte nicht, daß man übertreibt. Mussolini hat seinen unverkennbaren Stil und liebt seinen Teil vom Risiko. Obwohl ich gewiß edle Besorgnisse verstehe, erkläre ich, daß ich nicht beabsichtige, mich einzusperren und mich jeder Berührung mit der faschistischen Masse und der des italienischen Volkes zu entziehen. (Beifall.)“

Andre Besorgnisse anderer Art: das Fragezeichen. Auch in dieser Hinsicht erkläre ich, daß alle menschlichen Leben hinfällig und dem unumkehrlichen Schicksal unterworfen sind. Ich füge hinzu, daß in keinem Fall unter keiner Voraussetzung der Faschismus seine Aufgabe loslassen wird. Damit will ich sagen, daß unter jeder Voraussetzung alles vorgehen ist (und das soll man hier und außerhalb wissen), damit der Faschismus fortfahre, mit seiner eisernen Hand die Geschichte des italienischen Volkes zu lenken.“

Hierzu ist zu bemerken, daß es sich in der Rede um zweierlei Besorgnisse handeln soll. Das „zweierlei“ ist aber nach der Formel zu deuten: „erst komme ich und dann komme ich noch mal“. Denn die erste Sorge mit dem „Nachfolgenden“, das auf dem Boden Afrikas seine Entwicklung fand“ betrifft Mussolini und das Ankrallen an die Macht, falls dem Uebermenschen etwas Menschliches passiert. Interessant ist hier, daß für das Nichtslassen der Aufgabe das Wort „non mollare“ gebraucht wird, das als transitives Zeitwort von der Beute gebraucht wird. Auch wenn Mussolini nicht mehr sein wird, läßt der Faschismus seine Beute, Italien, nicht los. Das ist der Sinn der Rede. Daß dieses bißchen Sinn mit so ungewöhnlichen Mitteln erreicht wurde, könnte der Oberstaatsanwalt in dem Prozeß gegen Luigi Wilson ausschlagen; vielleicht war der Anschlag doch nicht ganz ohne Folgen...

Daß sich der Faschismus für die Ewigkeit anstellt, hat allerlei beachtenswerte auswertige Rückschlüsse. So gehen der französischen Regierung täglich im Durchschnitt 200 Anträge um Erlangung der französischen Staatsbürgerschaft zu, während im Jahre 1924 nur 6452 und 1925 11107 derartige Anträge bewilligt wurden. Die französischen Behörden haben die Prozedur vereinfachen müssen, um dem Andrang der Italiener genug zu tun. Die Antragsteller sind vorwiegend italienische Emigranten, denen die Hoffnung abhanden gekommen ist, je wieder im Vaterlande eine Heimat zu finden.

Das Bewußtsein, in Raum und Zeit das Existenzmonopol zu haben, beeinflusst natürlich die ganze Stellungnahme des Faschismus. Unter der Leitung des früheren Unterrichtsministers Gentile soll jetzt eine „Encyclopedia Italica“, ein großes Konversationslexikon erscheinen. Über ein faschistisches Mittagsblatt Roms hat herausgefunden, daß sich unter den Mitarbeitern mindestens 50 Antifaschisten befinden und hat Gentile zur Ordnung gerufen. Die Enzyklopädie soll faschistisch sein, oder sie soll nicht sein. Gentile macht geltend, daß in der Wissenschaft die Kompetenz den Ausschlag gebe, aber das Blatt meint, solange der Faschismus nicht kompetent sei, brauche er keine Enzy-

Kopie. Wir stellen uns den reißenden Absatz des Werkes vor, von dem jeder Band 1000 Lire kosten soll, wenn es nur von Faschisten geschrieben und von Faschisten gelesen wird. Da wird der Verleger wirklich gut tun, mit Ewigkeiten zu rechnen.

In den Oppositionskreisen lebt übrigens harinässig die Illusion, von der faschistischen Ewigkeit doch noch etwas abhandeln zu können. Man weist auf die Rechtspflege hin. Die Geschworenen von Cencza haben drei Faschisten freigesprochen, die am 8. Mai 1925 in der Uniform der Miliz einen kleinen Grundbesitzer überfallen und mit den Waffen in der Hand gezwungen haben, ihnen eine Quittung über 1000 Lire für Pachtgeld eines Feldes auszustellen. Die „Richter aus dem Volke“ haben den Tatbestand bejaht, aber die Schuldfrage verneint. Ein aus New York heimkehrender Italiener fand in einem mitreisenden Landsmann gleich den Spion, dieses „exquisite faschistische“ Rationalprodukt unserer Zeit, so daß er noch nicht den Boden des Vaterlandes betreten hatte, als er schon wegen Beleidigung des Ministerpräsidenten verhaftet wurde. Einziger Zeuge der Angelegenheit, Urteil 6 Monate Gefängnis. Fröhliche Heimkehr!

Auch die faschistische Finanzgebarung wird in Oppositionskreisen dahin gedeutet, daß die Ewigkeit doch nicht ganz feste Preise haben dürfte. Die öffentlichen Ausgaben wachsen schneller als die Einnahmen. Wohl weist der Voranschlag der neun Monate des Sebruarjahres eine Vermehrung der Einnahmen um 1963 Millionen auf, aber leider sind in der entsprechenden Periode die Ausgaben um 2 Milliarden gewachsen, trotz des Zurückgehens der Kriegskosten. Aus all diesen Dingen schließt die träumende Opposition, daß es vielleicht doch keine richtiggehende Ewigkeit werden wird.

## Moskau über England!

Sinowjew übernimmt das Kommando.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale in Moskau erläßt einen Aufruf zum Kampf der englischen Gewerkschaften. Der Aufruf beweist, daß die Komintern nicht in entferntesten Landen denkt, die englischen Gewerkschaften e h r l i c h zu unterstützen. Ihr ganzes Streben ist vielmehr darauf gerichtet, Unfrieden zu stiften und im Trüben zu fischen. Die Komintern weiß jetzt schon, daß der Streik von den Führern „verraten“ werden wird, das heißt, sie rechnet damit, daß er mit einem Kompromiß oder gar mit einer Niederlage enden wird, und darum geht sie jetzt schon darauf aus, den erwarteten Mißerfolg den Führern anzukreiden, die nicht nach der Moskauer Weise tanzen. So heißt es in dem Aufruf:

Die Geschichte des Streikampfes in Großbritannien kennt besondere zahlreiche Beispiele, wo sich einige verräterische Führer an die Spitze der Arbeiterbewegung stellten, um diese bei der ersten Gelegenheit zu verraten. Dies ist auch der Grundfall des Herrn Thomas. Vergeht nicht, Genossen, daß diese Gefahr die größte ist, die eure große Bewegung bedroht.

Und in einem Artikel der „Prawda“ schreibt Sinowjew:

Aber es ist kein Zweifel darüber möglich, daß ein Teil der rechten Führer „an der Spitze“ der gegenwärtigen Bewegung steht, um bei der ersten Gelegenheit sie zu verraten: Ihr Plan ist, das Haupt der Bewegung zu sein, um die Bewegung zu entzweiigen. Die Kommunisten müssen dies unbedingt laut aussprechen und gerade jetzt, wo auf den ersten Blick in den Reihen der Führer der Bewegung beinahe eine vollkommene Einmütigkeit herrscht, muß diese bittere Wahrheit ausgesprochen werden. Weder Baldwin noch seine D. M. S. (Technische Nothilfe), noch sogar Bombenflugzeuge stellen für die Bewegung eine solche Gefahr dar, wie die Thomas und Co.

Es ist der oberste Grundsatz aller internationalen Solidarität, daß die Arbeiter eines jeden Landes, die selber am besten wissen müssen, was ihnen frommt, sich selber ihre Führung wählen und selber die Maßnahmen ihres Kampfes

bestimmen. Wer ihnen in der Art und Weise wie es Sinowjew und Co. tun, in ihre Angelegenheiten hineinredet, wer mitten im schwersten Kampf durch Verdächtigungen der freigewählten Führung die Disziplin zu untergraben sucht, der verübt an der Bewegung ein kalt überlegtes Verbrechen. Aber das Spiel ist zu plump, als daß die englischen Arbeiter es nicht durchschauen sollten, und wenn sie die Wahl haben zwischen den Männern ihres Vertrauens, mit denen sie in jahrzehntelangen Kämpfen zusammengewachsen sind, und einem unerschämten schmutzigen Burschen wie Sinowjew, so werden sie genau wissen, was sie zu tun haben.

Es sollte uns nicht wundern, wenn die englischen Scharfmacher den Etti-Aufruf nebst Sinowjew-Brief in Millionenauflage verbreiten würden. Denn ihre eigenen Anstrengungen sind ja darauf gerichtet, den Streik als eine bolschewistische Angelegenheit erscheinen zu lassen, die er in keiner Weise ist. Gelänge es ihnen, den Massen des englischen Volkes den Glauben beizubringen, daß Kerle wie Sinowjew hinter dem Streik stehen, dann hätten sie den Sieg in der Tasche.

Doch das ist ja die Spekulation Moskaus. Erst kompromittiert man die Bewegung nach Kräften und versucht sie durch einanderzubringen. Dann aber — wenn kein hundertprozentiger Sieg ersichtet ist — heßt man erst recht gegen die „verräterischen Führer“. Wir kennen diese Methode zur Genüge. Sie hat in Deutschland keinen anderen Erfolg gehabt als den, daß sich die erdrückende Mehrheit der Arbeiterklasse mit Verachtung von ihr abwandte. Sie kann auch in England keinen anderen haben.

Wie der Herr, so's Gescherr. Auftragsgemäß greift die „rote Fahne“ unseren nach England entsandten Redaktionskollegen, Gen. Viktor Schiff an mit der blödsinnigen Beschuldigung, durch seine Berichterstattung „Dolchstöße“ zu verüben. Der „Vorwärts“ und Genosse Schiff werden auch weiterhin bemüht sein, in brüderlichem Zusammenwirken mit den kämpfenden englischen Genossen und ihrer freigewählten Führung zu den Ereignissen in England Stellung zu nehmen. So verstehen sie die internationale Solidarität.

## Die Ertappten.

BB. erregen sich über das Verbot der Kleinfalkerschützen.

In dem Organ der „waterländischen“ Putschisten, der „Deutschen Zeitung“, wird ein dienstlicher Geheimverbot des preussischen Innenministers veröffentlicht. Nach dem Blatte des Hans v. Sodenstern hat das Schreiben diesen Wortlaut:

Der Preussische Minister des Innern.  
II. z. 363/26.

Berlin, den 8. März 1926.

Sofort! (Geheim!)

Nach mir in neuester Zeit zugegangenen Nachrichten sind in den verschiedensten Teilen des Staatsgebietes wiederum Bestrebungen hervorgetreten, die wehrhafte Bevölkerung in Anlehnung an Reichswehrdienststellen listenmäßig zu erfassen und zu dem gleichen Zwecke Schützenorganisationen in enger Verbindung mit Reichswehrdienststellen ins Leben zu rufen. Insbesondere soll eine über das ganze Deutsche Reich verbreitete Kleinfalkerschützenorganisation aufgezogen worden sein, deren Mitglieder feierlich im Sinne des alten Fahneneides um Gehorsam gegenüber ihren Führern verpflichtet werden.

Nach wiederholten schriftlichen und mündlichen Erklärungen steht der Herr Reichswehrminister, wie das Reichswehrministerium derartigen Vorbereitungen durchaus fern; sie beurteilen solche Maßnahmen selbst aufs schärfste.

Ich ersuche daher ergebenst, gegen dieses unverantwortliche Treiben mit allen zu Gebote stehenden Mitteln nachdrück-

lich einzuschreiten, etwa bestehende Organisationen sofort aufzulösen und mir darüber sowie in Zweifelsfällen umgehend zu berichten.

gez. Severing.

Das ist ein sehr vernünftiger Erlaß, denn die Kleinfalkerschützenvereine der Abo-Schützen sind, von den „waterländischen“ Putschisten aufgejogen, eine Gefahr für die ruhige innerpolitische Entwicklung. Die alldeutsche Zeitung aber listet ein angeblisches Geheimnis, indem sie dem Wortlaut des Schreibens diesen Drakelpruch anhängt:

Wir werden uns erlauben, von Zeit zu Zeit ähnliche Schriftstücke zu veröffentlichen, um denjenigen, die immer noch glauben, daß Herr Severing eine „nationale Geschlossenheit“, d. h. doch gemeinsame Front nach außen anstrebe, die Augen zu öffnen.

Was heißt das anders, als daß die „Kleinfalkerschützen“ eine „Front nach außen“ bilden sollen und daß Severing diese gemeinsame Front nach außen nicht mitmachen will? Hat daran wirklich jemand gezweifelt? Und glaubt irgendwo irgend jemand, daß ein Sozialdemokrat die Militärspielererei der BBW unterstützen könnte, besonders wenn er Minister ist?

Schon der einfachste politische Verstand müßte doch begreifen, daß die Republikaner sich selbst aufgeben würden, wenn sie die Waffenspielererei ihrer geschworenen Gegner stillschweigend dulden oder gar noch unterstützen würden.

## Ein völkischer Verleumder.

800 Mark Geldstrafe für Alfred Roth.

Stuttgart, 6. Mai. (Allgemeiner Drahtbericht.) Der dem großen Schöffengericht hatte sich am Donnerstag der frühere Reichstagsabgeordnete und Herausgeber der völkischen „Reichssturmjahre“ Alfred Roth in Stuttgart wegen Beleidigung des Generals Gröner und des früheren Staatssekretärs im Reichswehrministerium Stieler zu verantworten. Die Anklage lautet auf üble Nachrede in Verbindung mit einem Vergehen der öffentlichen Beleidigung. In einem Artikel in der „Reichssturmjahre“ wurde dem Staatssekretär Stieler vorgeworfen, zusammen mit dem General Gröner in dem Hause des Generals Kollat oft und gern verkehrt zu haben. Diese Behauptung hielt der angeklagte Verleumder in der Verhandlung nicht aufrecht. Er gab zu, das Opfer einer Irreführung geworden zu sein. Im übrigen beteuerte er wiederholt, daß er niemand habe beleidigen wollen.

Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe in Höhe von 1000 Mark. Das Urteil lautete wegen öffentlicher Beleidigung auf 800 M. Geldstrafe oder 20 Tage Gefängnis. Der Angeklagte trägt die Kosten des Verfahrens.

## Der Wortlaut der Flaggenverordnung.

Ämtlich wird mitgeteilt: Die vom Reichspräsidenten am 5. Mai 1926 erlassene und vom Reichskanzler gegengezeichnete zweite Verordnung über die deutschen Flaggen wird in der nächsten Nummer des „Reichsgeblattes“ verkündet werden. Sie hat folgenden Wortlaut:

Die Verordnung über die deutschen Flaggen vom 11. April 1921 („Reichsgeblatte“ Seite 483) wird wie folgt geändert:

1. Im Abschnitt 1 erhält die Nr. 10 folgende Fassung: „Nr. 10. Die Dienstflagge der übrigen Reichsbehörden zur See wie die Handelsflagge: darauf, etwas nach der Stange hin, verschoben, in den schwarzen und roten Streifen je bis zu einem Fünftel übergreifend, der Reichsschild, den Adler nach der Stange gewendet. Verhältnis der Höhe zur Länge des Flaggenstückes wie 2 zu 3.“

2. In Abschnitt 4 erhält Abs. 2 folgenden neuen Satz 2: „Die gefandtschaftlichen und konsularischen Behörden des Reichs an außer-europäischen Plätzen und an solchen europäischen Plätzen, die von Seehandelschiffen angelaufen werden, führen außerdem die Handelsflagge.“

## Der Herr Kommerzienrat aus Gießen.

Von Hans Bauer.

Ein Wilhelm Liebknechts Geburtshaus in Gießen darf keine Gedächtnistafel angebracht werden. Der Besitzer dieses Hauses, ein deutschnationaler Kommerzienrat, erlaubt es nicht. Es ist nichts dagegen zu sagen. Ein Grundstück gehört nicht denen, die es bewohnen und die mit ihm verwachsen sind, sondern dem, auf dessen Namen die Grundbucheintragung erfolgt ist. Es bildet einen Bestandteil dieses Mannes, ja, oft genug sein Charakteristikum. . . denn was wäre manch einer, wenn er eben nicht dieses Eine wäre: ein Hausbesitzer! . . . und so ist der Kommerzienrat im vollen Rechte, wenn er es nicht duldet, daß an einem Stück seiner selbst, eben an seinem Hause, die Erinnerung an einen ihm verhassten Mann gefügt wird. Trotzdem: wenn der Gießener Hausbesitzer auch das Teufelswerk verhindern könnte, daß sein gerichtsnatorisches Eigentum mit dem Namen eines roten Umstürzlers bemakelt wurde, so wird er es doch nicht vermeiden können, daß, trotz der fehlenden Tafel, sein Haus im Bewußtsein der Bevölkerung als das „Wilhelm-Liebknecht-Haus“ weiterleben wird und daß die fremden Besucher Gießens es mit neugierig-gründendem Blick mustern und leis vor sich hin sprechen werden, wenn sie vor ihm stehen: Dieses Haus ist ein historisches Haus. Hier drinnen ist der alte Liebknecht geboren worden.

Was aber manche Leute sich auch beifallen lassen! Sie begnügen sich nicht damit, so, wie es sich gehört, pünktlich ihre Miete zu bezahlen, die Hausordnung zu befolgen, den Herrn Hausbesitzer zuerst auf der Straße zu grüßen und, wenn ihr Stündlein geschlagen hat, hübsch unauffällig abzutreten und ihre, mit der Unterzeichnung des Mietvertrages eingegangenen Verpflichtungen an ihre Erben zu übertragen, nein, sie setzen dann noch Kinder in die Welt, deren Namen strahlend über dem Bande angeht und der es sogar vermag, das Zinshäuschen eines Kommerzienrates in den unerwünschten Glanz des öffentlichen Interesses zu setzen. Wo bleibt da die Heiligkeit des Eigentums, wenn dieser Begriff sich nur auf die greifbare Substanz, nicht aber auch auf die Seele der Dinge erstreckt, wenn ein beliebiges Kind von einfachen Wurzeln jederselbst dem Besitztum eines Kommerzienrats den Stempel seiner Persönlichkeit aufdrücken kann, es mit dem Schlag seines Herzens zu umgeben vermag!

Die lebenden Gedenkstätten des großen Toten haben sich zu helfen gewußt. Sie haben ihre Tafel an einem Gebäude auf der anderen Straßenseite angebracht und auf ihr vermerkt, daß „diesem Hause gegenüber“ der große proletarische Kämpfer das Licht der Welt erblickte.

So wird dem Kommerzienrat alles Sträuben nichts nützen. Es ist ihm gelungen, dort, wo er unmittelbare Macht hat, die Buchstaben des ominösen Namens zu verbannen, aber schon wenige Schritte außerhalb des Bereiches seiner Macht liegt es an der Mauer ge-

schrieben: Wilhelm Liebknecht. Und was nun gar dessen Geist betrifft, so hat er sich in die Welt ergossen und nicht einmal die Besitzgewalt über die Stube, in der er Körper und Gestalt annahm, vermag es, ihn zu verstopfen. Schlechte Zeiten für Kommerzienräte!

## Plauderkomödie in der Königgräber Straße.

Radislaus Fodor plaudert leicht und sehr gewandt ein Aufspiel zusammen. Pointen und Einfälle, auch Anleihen, die mit Grazie verschleiert werden. Der Budapestler ist in die Pariser Schule gegangen. Er war ein talentvoller Schüler, der eine Prämie verdiente.

Schon das Thema: Aktuell und doch wieder für den Geschmack des wohlgezogenen Barfests. Vikarieren, die niemals vollkommen schlüssig werden. Titel dementsprechend faßt aufregend „Fräulein Dr. Schmidt“. Das Fräulein Doktor ist Aerzlin. Sie sagt zu Herren und Damen: „Bitte ziehen Sie sich aus.“ Das Ausziehen wird gewöhnlich nur angebrocht, höchstens bei der Dame oberflächlich vollzogen. Und Fräulein Dr. Schmidt, eben noch etwas derb und sehr selbstbewußt, wird im zweiten Akt honig süß und ganz weibchenweich. Man kann sich denken, mit welcher Inbrunst sie zum Schluß des dritten Aktes in den Hofgarten einläuft.

In diesem Lustspiel zwei Szenen, die mehr als Plauderei sind. Sie sind nämlich köstliche Satire. Das Fräulein Doktor und der berühmte Professor sollen Konsilium abhalten. Sie tun es unter vier Augen, indem sie sich nur über ihre Privatsachen und über die Honorare einigen, die sie anreiden wollen. Und als Fräulein Dr. Schmidt nicht mehr daran denkt, in die Klinik zurückzugehen, gibt sie zwischen vielen Klüßen, ihr aufgeschmacht von ihrem künftigen Cheherrn, Anordnungen für die Fernbehandlung der Patienten. Sehr hübsch, wirklich komödienhaft. Radislaus Fodor versteht es, Amüsement mit Klugheit zu mischen.

Radislaus Fodor, der Regisseur, wurde aus Budapest eingeladen, die ungarische Komödie zu inszenieren. Er gab seinen Künstlern denn auch papiergezeichneten Ruror ein. Er behielt die Schauspieler an. Er fand in Frau Konstantin die gelehrigste Mitbesitzerin, die Anmut und Gefühl, Uebereignheit und Jählichkeit spielen ließ, damit Fräulein Dr. Schmidt die Rechte ihrer gelehrigen Schwester auf das kleine Frauenglied durchsetzt. Die Aufführung in der Königgräber Straße mußte geschehen, da Hedwig Wangel und Willy Bendow mit ihrer wohlhabendsten Komit die närrische Seite des Lebens immer wieder fröhlich beleuchteten. Walter Janssen und Anne Kersten hatten den sentimentalen Part. M. S.

Die Entwicklung der Zeitungswissenschaft. Die noch junge Zeitungswissenschaft kann jetzt ihr zehnjähriges Jubiläum als akademisches Lehrfach feiern. Im Weltfrieden, der ja die ungeheure Bedeutung des Zeitungswesens uns Deutschen in der feindlichen Propaganda schmerzhaft vor Augen stellte, wurde die erste „Zeitungswissenschaftliche Fakultät“ begründet, und das Interesse an dieser neuen Wissenschaft ist dann in steigendem Maße gewachsen. In den „Berliner Hochschulnachrichten“ gibt Dr. Fritz Körner einen zusammenfassenden Ueberblick über dieses erste Jahrzehnt der Zeitungswissenschaft an den Universitäten, das 1916 durch die

Gründung des „Instituts für Zeitungskunde“ in Leipzig eingeleitet wurde. Diese Schöpfung war das persönliche Werk des bekannten Nationalökonom Karl Bücher, der schon seit vielen Jahrzehnten sich für die Ausbildung der Wissenschaft vom Zeitungswesen eingelegt hatte. Aber erst nach 30jähriger Arbeit erreichte er sein lange geplantes Ziel, die Zeitungskunde als Lehrfach an den deutschen Hochschulen einzuführen, und er hat auch in Leipzig seine Anerkennung als Prüfungs- und Promotionsfach durchgesetzt. Dem Vorbild Leipzigs folgten dann im Laufe der letzten Jahre zahlreiche deutsche Hochschulen, zuletzt auch Berlin, wo erst jetzt ein eigenes Institut ins Leben gerufen worden ist. Heute bestehen selbständige Zeitungsinstitute an den Universitäten Berlin, Freiburg, Köln, Leipzig, München, Münster und an den Hochschulen Hannover und Rürnberg, während regelmäßige Vorlesungen auf diesem Gebiet an einer noch größeren Anzahl von Hochschulen abgehalten werden. Auch in Heidelberg soll demnächst das frühere journalistische Seminar in einem selbständigen Institut wieder aufleben. Die Aufgabe dieser Mittelpunkte der Zeitungsforschung besteht darin, die theoretischen Vorlesungen praktisch zu vertiefen und zu eigener Forschung anzuregen; zu diesem Zwecke enthalten sie wertvolle Sammlungen, in denen sich historische Dokumente der Zeitungsgeschichte, einzelne wichtige Blätter und Korrespondenzen, Fachschriften sowie Proben der technischen Herstellung befinden, und umfangreiche Fachbibliotheken. An der Hand dieses Materials werden praktische Übungen abgehalten, um die Studierenden mit dem so überaus komplizierten Betrieb der modernen Zeitung bekanntzumachen und tüchtige Journalisten heranzubilden. Wenn auch immer noch die alte Wahrheit besteht, daß man zum guten Journalisten nicht gemacht, sondern geboren wird, so gibt es doch heute so viele Kenntnisse, die dem künftigen Zeitungsmitarbeiter als notwendige Grundlage übermittelt werden müssen.

Entdeckung merowingischer Gräber im Elß. Bei Straßenarbeiten zwischen Rolsheim und Kooßheim im Elß wurden zwei Gräber bloßgelegt, die nach den Angaben von Dr. Schaeffer, dem Direktor des Strösburger Museums, aus der Merowingzeit (5. bis 8. Jahrhunderts n. Chr.) stammen. Wahrscheinlich sind die gefundenen Gebeine die Skelette von Krieger, die hier gefallen sind, denn bei den Skeletten fand sich noch gut erhaltenes Kriegsgewehr. In einem anderen Grabe fand man das Skelet einer Frau, die eine bronzene Halskette getragen hatte. An der Halskette waren mehrere Ringe und Schmuckgegenstände befestigt. Die gefundenen Gegenstände sind nach Strösburg transportiert worden, wo sie Eigentum des dortigen Museums werden sollen.

Spielplanänderung. Die für heute im Staatlichen Schillertheater angelegte Premiere von Reblitzs Komödie „Ridel und die 26 Gerechten“ muß auf einen späteren Termin verschoben werden.

Albert Hoffmann kommt wieder nach Berlin. Zwischen Direktor Eyllenburger und Albert Hoffmann ist ein Abkommen geschlossen worden, wonach Albert Hoffmann in der kommenden Spielzeit mehrere Monate voraussichtlich am Leipzig-Theater tätig sein wird.

Der Bismarckfilm wegen Unästhetik verboten. Die Zensur hat den in Braunschweig im deutschen Kino angeführten Bismarckfilm für die Jugend wegen Unästhetik verboten.

## Unternehmer gegen Krankenkassen.

Der Unternehmerprofit muß erhalten bleiben.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände führt in ihrer Zeitschrift „Der Arbeitgeber“ nicht nur einen Kampf gegen die Sozialversicherung; sie führt auch schwerstes Geschütz gegen die vom Hauptverband deutscher Krankenkassen geschaffene „Heilmittelversorgung deutscher Krankenkassen A.-G.“ auf. Dieses Unternehmen ist zu dem Zwecke gegründet worden, um eine Einkaufszentrale, wie sie übrigens auch bei anderen privaten und öffentlichen Körperschaften besteht, zu schaffen, von der die Krankenkassen die Heilmittel beziehen können, die sie an die Versicherten selbst abgeben. Die „Heilmittelversorgung“ ist bei der Staller A.-G. beteiligt, die Verbandstoffe und Bandagen herstellt. Auf diesem Wege sollen die Krankenkassen in die Lage versetzt werden, gute Ware zu billigen Preisen für die Versorgung ihrer Versicherten zu beziehen.

Die Regierung und die Gesetzgeber hätten alle Veranlassung, diese Selbsthilfeeinrichtung tatkräftig zu fördern. Hier soll mit dem geringsten Geldaufwand der höchste Ruhezustand erzielt werden. All diese Maßnahmen laufen auf eine Entlastung der Beitragspflichtigen hinaus. Das viel beredete Sparen gewinnt hier praktische Gestalt.

Aber auch hier enthüllt sich die Doppelzüngigkeit des Unternehmertums. Es soll gespart werden; geschieht es am richtigen Platze, dann erhebt sich ein Geschrei über „Sozialisierung des Gesundheitswesens“. Die Unternehmer fordern vermehrte Selbsthilfe; wird Gebrauch davon gemacht, dann soll die Gesetzgebung das verhindern. Die Wirtschaft aber, die die Beiträge zu den Krankenkassen aufbringen muß, wird durch eine derartige Betätigung der Krankenkassen auf das empfindlichste geschädigt. Also verkündet es ein Dr. Erdmann im „Arbeitgeber“. Er verschweigt, daß zwei Drittel der Beiträge von den Arbeitern und Angestellten aufgebracht werden.

Seht ist auch der Reichsverband der deutschen Industrie auf den Plan getreten. Er hat unter Mitwirkung des Verbandes zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie, des Zentralverbandes der deutschen elektrotechnischen Industrie, des Reichsverbandes der optischen Industrie und des Reichsverbandes der deutschen Dentalfabrikanten dem Reichstag eine Denkschrift eingereicht. Durch Aenderung der Reichsversicherungsordnung soll den Krankenkassen verboten werden, auf dem Wege der Selbsthilfe den dreimal geheiligten Unternehmerprofit zu gefährden. Dr. Erdmann leistet sich im „Arbeitgeber“ den frechen Witz, zu behaupten, daß die Krankenkassen mit ihren Selbsthilfeeinrichtungen einen Kampf gegen die freie Wirtschaft führen. So dumm kann Dr. Erdmann nicht sein, daß er selbst glauben würde, ausgerechnet in der chemischen, elektrotechnischen und optischen Industrie herrsche die „freie Wirtschaft“.

Regierung und Reichstag haben die Pflicht, die Träger der Krankenversicherung gegen die frechen Unternehmerangriffe zu schützen und die Bestrebungen der Krankenkassen auf dem Gebiete wirtschaftlicher Selbsthilfe zu fördern.

## Kreditbürgschaften des Reichs.

Wahrung des Budgetrechts des Reichstags.

Der Beschluß des Haushaltsausschusses, keine Kreditvorlagen zu beraten, bevor nicht die verlangten Nachweisungen der vom Reich übernommenen und noch laufenden Bürgschaften eingegangen seien, hat schnell gewirkt. Bereits gestern Abend ging diese Nachweisung den Mitgliedern des Ausschusses zu. Der Ausschuss beschäftigte sich daher in der Sitzung vom Freitag von neuem mit den Vorlagen wegen der Übernahme von Garantien durch das Reich für die Beinen- und die Traktorenindustrie, für die Deutsche Reichsbahngesellschaft, über die wir bereits berichtet haben. Nach einer längeren Debatte wurde der Antrag des Vorsitzenden, in eine sachliche Beratung im Ausschuss nicht einzutreten, weil der angelegene § 2 des Etatsgesetzes nicht zuträfe, mit allen bürgerlichen gegen die sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen abgelehnt. Da aber die Berechtigung der Einwände des Vorsitzenden von allen Seiten, auch von der Regierung anerkannt wurde, fand eine von der Volkspartei und dem Zentrum eingebrachte Resolution Annahme, in der die Regierung aufgefordert wird, zu prüfen, ob nicht eine besondere gesetzliche Bestimmung notwendig sei, um die Übernahme von Garantien durch das Reich in besonders gelagerten Fällen auf einem abgekürzten Wege zu ermöglichen. Der Ausschuss stand auf dem Standpunkt, daß der betreffende Paragraph des Etatsgesetzes von jetzt ab nur streng einchränkend auszulegen sei.

In der sachlichen Beratung nahmen die bürgerlichen Fraktionen für die Reichsindustrie den Antrag an, daß das Reich gegenüber der Reichsbahngesellschaft die Unfall- und Liquiditätsbürgschaft für den deutschen Stadtwirtschaft zu gewährenden Produktionskredit von 9 Millionen Mark übernimmt. Gleichfalls, und zwar mit den Stimmen der Sozialdemokratie, wurde beschlossen, daß der Traktorenindustrie unter den in der Vorlage dargelegten Voraussetzungen und Bedingungen eine Reichsgarantie bis zur Grenze von 15 Millionen und die Bereitstellung eines Reichskredits von 5-6 Millionen gewährt werde. Die Sozialdemokratie knüpfte an ihre Zustimmung die Bedingung, daß die bewilligten Gelder nur zur Erhaltung des deutschen Traktorenbaues und in keiner wie immer gearteten Form etwa zur Befriedigung der bisherigen Gläubiger verwendet werden dürfe.

Die Vorlage über die Reichsbahn soll am Dienstag nach Besprechung in den Fraktionen behandelt werden.

## Die Aufwertung der Baudarlehen.

Dem Aufwertungsgefeß angepaßt.

In seiner letzten Sitzung vor Ostern hatte der Reichstag den von der Sozialdemokratie beantragten Gesetzentwurf angenommen, der es den Bändern unmöglich macht, die durch das Finanzausgleichsgefeß bewirkte Senkung des Aufwertungsmaßes für Baudarlehen von 40 auf 25 Proz. zu umgehen. Auf Antrag der württembergischen Regierung erhob der Reichsrat gegen diesen Gesetzentwurf Einspruch. Die Reichsregierung brachte darauf einen eigenen Gesetzentwurf ein, der grundsätzlich an der Senkung von 40 auf 25 Proz. festhält, aber für die Umrechnung des Papiermarkdarlehens in Goldmark die Maßzahlen des Aufwertungsmaßes (statt des Dollarkurses) einfügt und weiter bestimmt, daß dort, wo der Goldmarkwert der Darlehen auf einen höheren als den nach den Maßzahlen sich ergebenden Betrag festgelegt ist (Württemberg), auf Antrag des Eigentümers nach billigerem Ermessen eine Ermäßigung zu gewähren. Berner sollte nach diesem Entwurf in den Bändern, die mit Papiergeld besetzte Gebäude statt mit einer Grundschuld mit der Hauszinssteuer belasten, eine entsprechende Ermäßigung dieser Steuer gewährt werden.

Der Steueraussschuß des Reichstages hat bei Beratung dieser Vorlage einstimmig einen Antrag Dr. Scheffer (Zir.) und Keil (Soz.) zugestimmt, der wiederum die Ermäßigung der Grundschuld von 40 auf 25 Proz. zur Voraussetzung hat und weiter bestimmt, daß der Eigentümer auch dann einen Anspruch auf

# Flaggenverordnung / Lutherkrise.

Deutschnationale Hoffnungen. — Krise auf jeden Fall.

Die Entscheidung über das Schicksal des Kabinetts Luther fällt am Dienstag bei der Abstimmung über das sozialdemokratische Mißtrauensvotum gegen Luther. Die Regierungsparteien ohne Demokraten verfügen über 160 Stimmen, Sozialdemokraten und Kommunisten über 176 Stimmen. Führen die Demokraten ihren Beschluß durch, für den sozialdemokratische Antrag zu stimmen, so liegt das Geschick Luthers in den Händen der 125 Deutschnationalen und Völkischen. Darauf gründen die Deutschnationalen Hoffnungen. Der „Lokalanzeiger“ schreibt:

„Ohne weiteres leuchtet aber ein, daß das Kabinett Luther, und daß der Reichskanzler persönlich verloren sind, wenn die Deutschnationalen bei dem sozialdemokratischen Antrag sich der Stimme nur enthalten und sie nicht gegen das Mißtrauensvotum abgeben...“

Krise? Vielleicht. Möglicherweise. Austritt der Demokraten aus der Regierungskoalition? Vielleicht. Möglicherweise. Fest steht nur das eine: daß die Regierung Luther allein mit Unterstützung der Deutschnationalen ihr Leben wird fristen können. Eine Tatsache von außerordentlichem politischen Belang. Eine, die sich unbedingt weiter wird auswirken müssen.“

Nach der demokratischen Presse ist die Regierungskrise unvermeidlich, auch wenn der sozialdemokratische Mißtrauensantrag mit Hilfe der Deutschnationalen abgelehnt würde. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt:

„Sedenfalls kann aber kein Zweifel darüber sein, daß die demokratische Reichstagsfraktion den jetzigen Zustand als unerträglich ansieht. Wenn keine unvorhergesehene Wendung eintritt, wird die demokratische Reichstagsfraktion nicht nur nicht gegen den sozialdemokratischen Mißbilligungsantrag, sondern für ihn stimmen.“

Würde der sozialdemokratische Antrag, der dem Reichskanzler die Mißbilligung ausspricht, am Dienstag zur Annahme gelangen, so würde wohl das gesamte Kabinett seinen Rücktritt erklären. Aber auch im Falle der Ablehnung des sozialdemokratischen Mißbilligungsantrages wäre eine Regierungskrise wohl kaum zu vermeiden. Denn wenn die demokratische Reichstagsfraktion diesem Mißbilligungsantrag zustimmen wird, dann würden zweifellos auch im Falle seiner Ablehnung durch eine Mehrheit die demokratischen Reichsminister die Konsequenzen ziehen und ihr Portefeuille zur Verfügung stellen müssen.“

Die „Germania“ hält ebenfalls die Regierungskrise für wahrscheinlich:

„Dagegen ist es zweifelhaft, welchen Ausgang die Flaggenfrage nehmen wird. Die Rechtsparteien und die Rechtspresse, die auf einen Wind von oben ihre Freude über die Flaggenverordnung verdirgt, haben noch nicht erkennen lassen, welche Stellung sie einzunehmen gedenken. Es ist nicht ausgeschlossen, sogar wahrscheinlich, daß das Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler eine Mehrheit findet und damit eine Regierungskrise eintritt, die Herr Luther selbst heraufbeschworen hat. Herr Reichskanzler Luther soll die Absicht geäußert haben, auf alle Fälle zu demissionieren, wenn eine der Regierungsparteien gegen ihn stimmt.“

In der „Börsen Zeitung“ sieht Georg Bernhard voraus, daß die Krise über kurz oder lang zur Auflösung des Reichstages führen werde, und er wünscht diesen Weg zur endgültigen Entscheidung des Flaggenstreits:

„Es scheint dringend notwendig, daß die Klust, die wegen der Farbenfrage durch das ganze Volk geht, endlich einmal geschlossen wird. Aber das kann natürlich nicht auf dem Verordnungswege, sondern nur auf parlamentarischen Wege geschehen. Die Hauptsache ist, daß über die wirkliche Meinung im Volke Klarheit geschaffen wird. Das kann auf dem Wege des Volksentscheids geschehen. Aber unter Umständen ist der einfachere Weg der, der sich über kurz oder lang aus der jetzt zu erwartenden Kabinettskrise sowieso ergeben wird, nämlich der Weg der Auflösung des Reichstages.“

Ermäßigung hat, wenn der Goldmarkbetrag des Darlehens bisher auf einen höheren Satz festgelegt war. Zur Ermäßigung ist also nicht ein Antrag erforderlich und sie ist auch nicht vom billigen Ermessen der Landesbehörde abhängig. Ausgenommen sind von der Ermäßigung die schon erfolgten Rückzahlungen und die Fälle, in denen der Unterschied zwischen der früheren und der jetzigen Berechnung weniger als 50 Mark beträgt. Auch soll eine nachträgliche Rückzahlung der für den bisherigen höheren Grundschuldbetrag zuviel bezahlten Zinsen unterbleiben. Das Verlangen der württembergischen Regierung, den Unterschiedsbetrag, der unberücksichtigt bleiben soll, auf 100 Mark statt auf 50 Mark festzusetzen, fand im Ausschuss keine Unterstützung. Die württembergische Regierung, die durch einen groben Verstoß gegen ein Reichsgesetz die Aufwertung der Baudarlehen an die allgemeine Aufwertung verhindern wollte, ist damit zum zweiten Male zurechtgewiesen worden.

## Gegen die politische Justiz.

Protestkundgebungen in Dresden.

Dresden, 7. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Sozialdemokratische Partei Groß-Dresdens veranstaltete in den vier größten Sälen Dresdens Protestkundgebungen gegen die politische Justiz in Deutschland, die alle sehr gut besucht waren und einen glänzenden Verlauf nahmen. Rechtsanwalt Dr. Best, der Verteidiger im Ksmus-Prozess und Richterstatler im Jemo-Untersuchungsausschuß des Reichstages, sprach in zwei Versammlungen und behandelte unter stürmischer Zustimmung der Versammelten eine Anzahl krasser Fälle deutscher Rechtsprechung. Auch die anderen Redner, die Landtagsabgeordneten Rentz und Edel fanden lebhaften Beifall der auch von großen Teilen des Bürgertums besuchten Versammlungen, die sich mit dem Ksmus-Prozess, dem sächsischen Volksnotopferstand und dem Sumpf der Fememörder beschäftigten. In allen vier Versammlungen fand folgende Entschließung einstimmige Annahme:

„Die stark besuchte Kundgebung der SPD. Groß-Dresdens gibt ihrer tiefsten Empörung Ausdruck über die heute geübte Rechtsprechung. Sie erblickt in den harten Urteilen gegen Arbeiter und Republikaner und in der milden Beurteilung von Vergehenden rechtsstehender Kreise einseitig politische Maßnahmen gegen Republik und Arbeiterbewegung. Sie verurteilt daher auch die Beschlüsse des Landtages, nach denen Abgeordnete der Arbeiterparteien wegen politischer Vergehens der bürgerlichen Justiz ausgeliefert werden. Dem Oberstaats-

Der Reichskanzler Luther ist unmöglich geworden. Am kommenden Dienstag wird er die Flaggenverordnung vor dem Reichstag zu verteidigen haben. Dann entscheidet sich sein Geschick.

## Austritt der demokratischen Minister.

Eine Forderung der Hamburger Demokraten.

Hamburg, 7. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Vorstand der Demokratischen Partei Hamburg hat der Presse eine Entschließung übergeben, in der scharf Stellung genommen wird gegen die Flaggenverordnung, die als Vergewaltigung der staatsreuen Republikaner bezeichnet wird. Es wird scharfster Kampf gegen die zweideutigen Bestrebungen monarchistischer Minister gefordert. Sollte die Verordnung aufrecht erhalten werden, so erwarten die Hamburger Demokraten den Austritt der demokratischen Minister aus dem Kabinett.

## Sonntagsdemonstrationen des Reichsbanners.

Magdeburg, 7. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat die Gauleitungen im Reich angewiesen, alle Ortsgruppen aufzufordern, am Sonntag gegen den Flaggenraub durch den Reichskanzler Luther zu demonstrieren. Es wird erwartet, daß alle Ortsgruppen von sich aus die notwendigen Vorbereitungen treffen, daß am Sonntag durch ganz Deutschland gewaltige Kundgebungen zustande gekommen gegen das Verhalten der Reichsregierung.

## Abwehr des Attentats auf Schwarzrotgold.

Adam Röder — Mitglied des Reichsbanners.

Magdeburg, 7. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die „Magdeburger Volksstimme“ veröffentlicht folgenden Brief, den der Zentrumsabgeordnete Adam Röder an den Oberpräsidenten Hörsing richtet:

„Hierdurch erlaube ich höflichst, mich in die Mitglieder-Liste des Reichsbanners einzzeichnen zu lassen. Als alter Christlich-Konjersativer, der aber den gegenwärtigen Staat bejaht, weil er diesen als eine geschichtliche und logische Konsequenz der politischen und sozialwirtschaftlichen Entwicklung anerkennt, habe ich bisher Bedenken gehabt, mich dem Reichsbanner anzuschließen, da man Traditionen — in diesem Falle die schwarzweisse Farbe —, die durch geistig-gemüthliche Umstände dem Herzen verhaftet sind, nicht ohne weiteres abschüttelt.“

Die Verordnung der Reichsregierung, nach meiner Auffassung ungesetzlich und der Verfassung widersprechend, zwingt mich aber jene Bedenken beiseite zu setzen und mich dem Reichsbanner anzuschließen.“

Es ist unbegreiflich, wie die Reichsregierung, die nicht nur als Hüter der Reichsverfassung berufen ist, sondern ihr Amt ohne autoritative Auslegung zu verwalten hat, eine Maßregel treffen kann, die dem Geist der Weimarer Verfassung entgegensteht. Wer kein politischer Räuber ist, kann es mit dem Stolz fühlen, daß mit der Verordnung ein Schlag gegen Geist, Sinn und Absichten des Volkes von Weimar geführt wird. Die Anhänger der politischen und sozialen Reaktion jubeln und lassen die Einsetzung der schwarzweissen Farben in die legitime Vertretung des Reichs und seine Repräsentation nach außen als einen ersten Schritt zur Befestigung der verfassungsmäßigen Farben schwarzrotgold, als einen Schlag gegen Sinn und Idee des Gegenwartsstaates, als eine von Reich wegen unerklärte Kraftäußerung der Reaktion auf. Aus diesem Grunde melde ich mich beim Reichsbanner an. Ich wünsche von Herzen, daß viele, die aus ähnlichen Erwägungen wie ich bisher beiseite standen, den gleichen Schritt tun möchten. Die Reaktion macht mobil. Es ist notwendig, daß die Bataillone der Abwehr sich verstärken.“

Hochachtungsvoll ganz ergebenst

Adam Röder.

Das ist die Antwort eines wahrhaft verfassungstreuen Mannes! Seine Mahnung an die Republikaner wird nicht ungehört bleiben.

anwalt Ksmus spricht die Versammlung ihre Anerkennung aus für seine verständnisvolle Stellungnahme gegenüber dem Vergehen Rinderbittelers in wirtschaftlich schwerer und politisch aufgeregter Zeit. Die Versammlung fordert von der SPD., daß sie bei den kommenden Landtagswahlen alles daran setzen wird, in Sachen eine sozialistische Mehrheit zu erringen, die ihre Politik dem Rechtsempfinden der Arbeiterschaft anpaßt.“

Die Ministerkrise in Belgien. Ministerpräsident Boulet rechnet auch weiterhin damit, neue Mitarbeiter zu finden. Die Sozialisten beschlossen, in der Regierung zu verbleiben, sie werden dem Eintritt neuer Persönlichkeiten keinen Widerstand entgegensetzen, soweit sie die Hauptpunkte des Regierungsprogrammes sich zu eigen machen. Voraussetzlich werden die Liberalen einen Eintritt in die Regierung ablehnen.

## Aus der Partei.

Organisatorische Vorbereitungen zum Volksentscheid.

Rum der Termin für das Stattfinden des Volksentscheids in sichtbare Nähe gerückt ist, werden auf Anweisungen des Parteivorstandes die Agitationsarbeiten in den Bezirken sofort aufgenommen. Die Versammlungstätigkeit wird in der nächsten Zeit wieder reger einsetzen. Zur Unterstützung der Referenten gibt der Parteivorstand an die Bezirksvorstände einiges besonderes Material heraus. Zur Verteilung an die Wähler und Wählerinnen wird eine Broschüre in Massenausgabe hergestellt, die Klein Saengers vortreffliche Reichstagsrede vom 29. April enthält. Vier wirkungsvolle Bildplakate sind unseren größten Parteibüros zur schleunigen Anfertigung in Auftrag gegeben. Zwei Flugblätter wenden sich besonders an die Frauen, um sie für unseren zum Volksentscheid gestellten Antrag zu gewinnen. Eine Anzahl kleinerer Flugblätter und Handzettelliteratur (zum Teil illustriert) sind fertiggestellt und werden in den nächsten Tagen den Bezirken zur Ansicht und Ausmaß zugestellt; um eine schnelle Herstellung zu ermöglichen, werden auf Wunsch den Bezirksvorständen davon Watern zugestellt.

Die Agitation für den Volksentscheid muß jeder Bezirk für den ganzen Bereich seines Verbreitungsgebietes allein vornehmen; sie gleicht einer Agitation für eine Wahl, zu der unsere Partei ihre volle agitatorische und organisatorische Kraft selbständig einsetzen muß.

Da die Kosten für diese größte Wahlbewegung, die Deutschland bisher erlebt hat, sehr erhebliche sind, müssen die freiwilligen Geldsammlungen eifrig betrieben werden.

# Gewerkschaftsbewegung

## Wie es zum englischen Großkampf kam.

### Arthur Pugh über die letzte Entwicklung des Konflikts.

In einer außerordentlichen Konferenz der Exekutiven der dem Britischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen sprach Arthur Pugh, der Präsident des Britischen Gewerkschaftsbundes, über die eigentlichen Ursachen, die zu dem Konflikt in England führten. Er weist zunächst auf die Lage hin, wie sie sich im vergangenen Jahre und in den letzten Tagen darstellte. Im vergangenen Jahre waren die Bergarbeiter unmittelbar von Lohnherabsetzungen, der Verlängerung der Arbeitszeit und der Abschaffung des Minimallohns bedroht. Auch in diesem Jahre drohten diese Gefahren, es lag jedoch — und dies ist der wesentliche Unterschied — der Bericht der königlichen Kohlenkommission vor. Diese Kommission kam zu dem Schluss, daß die Industrie besser organisiert werden muß und kann. Es sind demnach nicht die Arbeiter, die für die schlechte Lage der Industrie verantwortlich sind. In die Arbeiter gerichtete Vorwürfe betr. die politische Agitation und die Einschränkung der Produktion wies die Kommission zurück. Desgleichen lehnte sie die Vorschläge der Unternehmer ab. In dem Bericht wird unabweisend gesagt, daß die Kommission die Ansichten der Unternehmer nicht gutfinden konnte, wonach wenig oder nichts zur besseren Organisation der Industrie getan werden könne und die einzig praktische Lösung die Verlängerung der Arbeitszeit und die Herabsetzung der Löhne sei.

Als die königliche Kommission im Mai ihre Vorschläge unterbreitete, stellte sie nachstehende klare Bedingung auf:

„Vorher von den in der Industrie Beschäftigten irgendwelche Opfer verlangt werden, muß definitiv festgelegt werden, daß alle praktischen Mittel zur besseren Organisation so schnell wie möglich angewandt werden.“

Die Arbeiter hoffen, daß die nachfolgenden Verhandlungen im Hinblick auf diese Forderung geführt würden. Dies war aber keineswegs der Fall. In den Diskussionen über den Bericht der Kohlenkommission wurde die Frage der Lohnherabsetzungen in den Vordergrund gedrückt und die Betsprechung der grundlegenden Fragen vernachlässigt. Auf alle Fälle ist die Unternehmer alles, um die Dinge in dieser Richtung zu beeinflussen. Man verlangte sogar von den Bergleuten materielle Opfer, ohne daß Sicherheit darüber bestand, daß die Industrie auf tatsächlich den Empfehlungen der Kommission zufolge umgestellt und so in die Lage versetzt werde, anständige Löhne zu bezahlen.

Dies ist der eigentliche Grund, weshalb die Verhandlungen schon vor einer Woche auf dem toten Punkt anlangten und seither keine wesentlichen Veränderungen mehr eintraten. Die Unternehmer kündigten unterdessen an den Gewerkschaften die neuen, herabgesetzten Löhne an und sperrten damit die Arbeiter aus. Sie unterbreiteten wohl einen Entwurf betr. ein nationales Übereinkommen, weigerten sich jedoch entschieden, über die Einführung irgendwelcher nationaler Minimalätze zu reden. Desgleichen wollten sie auch von einer nationalen Betsprechung von Distriktsämtern nichts wissen. Da es die Regierung ebenfalls unterließ, auf die Unternehmer einen Druck auszuüben und auf die wesentlichen Punkte des Kohlenberichts hinzuweisen, mußte es schließlich zum offenen Konflikt kommen. Die englischen Arbeiter stehen mit sauberen Händen da!

## Internationale Solidaritätsaktion. Zugunsten des englischen Großkampfes.

Aus Amsterdam wird uns von der Internationalen Transportarbeiter-Föderation mitgeteilt:

Am 5. Mai fand in Rotterdam auf Veranlassung der I.T.F. eine gemeinsame Sitzung von Vertretern der belgischen und holländischen Transportarbeiterverbände statt. Es konnte festgestellt werden, daß die von der I.T.F. herausgegebene Parole: 1. den Export von Kohlen nach England zu verhindern, 2. keine englischen Schiffe zu debunkern, auch in Belgien streng befolgt wird.

Vom Deutschen Verkehrsband, der sowohl Transportarbeiter als Seeleute und Binnenschiffer umfaßt, ist der I.T.F. mitgeteilt worden, daß dessen Vorstand beschlossen hat, den Kampf der englischen Arbeiter in der von der I.T.F. angedeuteten Weise zu unterstützen.

Gleiche Mitteilungen sind der I.T.F. zugegangen von dem tschechischen Eisenbahnerverband „Unité“, sowie der Interandinabischen Föderation der Transportarbeiterverbände.

## Die Dominions und der englische Streik.

### Die Arbeiter sind solidarisch.

Sydney, 7. Mai. (W.T.B.) In Erwiderung auf das Ersuchen des Sekretärs der Amsterdamer Internationale beschloß der Gewerkschaftsrat von Sydney, sich mit der Union der Seeleute, dem Bergarbeiterverband und den Kohlenhägern in den Häfen in Verbindung zu setzen und sie zu ermahnen, daß sie keine besonderen Vorrechte an Kohle auf die britischen Schiffe verladen sollten und daß keine Ausfuhrkohle an Bord fremder Schiffe gebracht werde, die nach England bestimmt sind. Der Rat beschloß ferner, die britischen Bergarbeiter zu unterstützen.

Johannesburg, 7. Mai. (W.T.B.) Der nationale Volksgarant des südafrikanischen Gewerkschaftskongresses beschloß, dem britischen Gewerkschaftskongress bei seinen namens der Streikenden aufgenommenen Bemühungen jede Unterstützung zu gewähren. Es wurde eine Entschickung angenommen, die den Volksgaranten ermächtigt, sich sofort mit allen Organisationen in Verbindung zu setzen, um jeden Versuch, Waren nach Großbritannien zu exportieren, zu verhindern. In einer weiteren Entschickung werden die Drucker aufgefordert, es abzulehnen, irgendwas zu drucken, was geeignet wäre, die Sache der britischen Arbeiter zu schädigen.

## Sympathieumgebung der New Yorker Gewerkschaften.

New York, 7. Mai. (W.T.B.) Der Zentralausschuß der hiesigen Gewerkschaften hat einstimmig eine Entschickung angenommen, in der den streikenden englischen Arbeitern die Sympathie der New Yorker Gewerkschaften ausgesprochen wird.

## Die amerikanischen Bergarbeiter für den englischen Streik.

New York, 7. Mai. (W.T.B.) Der Präsident des amerikanischen Bergarbeiterverbandes, Farrington (?), Illinois hat den englischen Bergarbeitern seine volle Unterstützung zugesagt.

## Tschechoslowakische Arbeiter zum Streik.

Prag, 7. Mai. (W.T.B.) Die Organisation der Bergarbeiterverbände und der Verband der Eisenbahnangestellten haben in einer gemeinsamen Sitzung beschlossen, eine Erhöhung der Kohlenausfuhr zu verhindern. Es soll zu geeigneten Kontrollmaßnahmen in den einzelnen Grenzstationen geschritten werden. Sollte festgestellt werden, daß der Kohlenexport über das normale Ausmaß steigt, werden sofort die notwendigen Abwehrmaßnahmen ergriffen werden.

## Sympathiestreik der australischen Bergarbeiter.

London, 7. Mai. (W.T.B.) Wie aus Melbourne gemeldet wird, haben die Bergarbeiter Neuseelands beschlossen, morgen in den Sympathiestreik für die englische Arbeiterschaft zu treten.

## Die japanische Arbeiterschaft unterstützt den Streik.

London, 7. Mai. (W.T.B.) Wie aus Tokio gemeldet wird, schließt sich die japanische Arbeiterschaft der internationalen Bewegung zur Unterstützung der englischen Streikenden an. Ein größerer Spendenbetrag ist nach England überwiesen worden.

## Die Solidarität der Jugend.

Das Sekretariat der Sozialistischen Jugend-Internationale hat an den Internationalen Gewerkschaftsbund folgendes Telegramm gerichtet:

Die in der Sozialistischen Jugend-Internationale vereinigte arbeitende Jugend verfolgt mit großer Anteilnahme den Kampfschritt der englischen Arbeiterschaft. Sie übernimmt dem Internationalen Gewerkschaftsbund das Gelübnis, daß die junge Garbe des internationalen sozialistischen Proletariats an der Durchführung aller aus diesem Anlaß notwendig werdenden Unterstützungsaktionen der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung mit aller Kraft mitwirken wird. Die sozialistische Jugend ist erfüllt von dem Bewußtsein, daß der Kampf der englischen Arbeiterschaft um menschwürdige Lebensbedingungen gleichzeitig ein Kampf für eine hellere Zukunft der arbeitenden Jugend ist.

## Zum Streik im Beamten-Wirtschaftsverein.

### Keine Brotzufuhr mehr.

Auf Einspruch des Deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverbandes gegen die Lieferung von Brot und Backwaren durch die Berliner Brotfabriken hat am gestrigen Tage, wie heute der Organisation mitgeteilt wurde, der Verband der Brotfabrikanten beschlossen, die Belieferung des Beamtenwirtschaftsvereins einzustellen. Es erfolgt durch die Berliner Brotfabriken ab heute weder eine direkte noch indirekte Belieferung.

Mit diesem Beschluß hat sich die Organisation einverstanden erklärt und wird von weiteren Maßnahmen gegen die Brotfabriken absehen. Die Streikenden und die Organisation werden weiter scharf beobachten, ob Lieferungen von anderen, außerhalb des Verbandes der Brotfabriken stehenden Bäckereien erfolgen. Sollte dies eintreten, wird die Organisation über diese Bäckerei rücksichtslos die Sperre verhängen.

## Die Betriebsratswahlen im Bergbau.

### Durchschlagende Erfolge der freien Gewerkschaften.

Trotzdem es noch nicht möglich ist, ein abgeschlossenes Bild des Ergebnisses der Betriebsratswahlen im deutschen Bergbau zu geben, ist doch mit aller Klarheit zu erkennen, daß die freien Gewerkschaften überaus glänzend abgeschnitten haben. Aus der Zusammenstellung der bisher vorliegenden Gesamtergebnisse ergibt sich folgendes Bild:

Im Ruhrbezirk erhielten die freien Gewerkschaften von 228 Mandaten 156, das sind über 70 Proz., die Christlichen 59. Im Kölner Bezirk entfielen von insgesamt 229 Mandaten 152 oder über 66 Proz. auf die freien und 75 auf die christlichen Gewerkschaften. Im Bezirk Aachen bekamen von 155 Mandaten die freien Gewerkschaften 106 oder über 68 Proz. und die christlichen 49. Im Bezirk Nordhausen entfielen bei insgesamt 160 Mandaten 139 oder 87 Proz. auf die freien und 21 Mandat auf die christlichen Gewerkschaften. Im Waldenburger Bezirk können die freien Gewerkschaften 150 oder rund 78 Proz. und die christlichen 8 von insgesamt 192 Mandaten für sich buchen. Im Bezirk Lugau bekamen die freien Gewerkschaften alle 82 Mandate. Nach den bisher vorliegenden Teilergebnissen erhielten im Bezirk Halle: freie Gewerkschaften 263, Christen 9 von 290 Mandaten; im Bezirk Hannover: freie Gewerkschaften 109, Christen 8 von 119 Mandaten; im Bezirk Zeig: freie Gewerkschaften 251, Christen keine von 254 Mandaten. Im Senftenberger Bezirk: freie Gewerkschaften 299, Christen 2 von 315 Mandaten und im Bezirk Wärschen: freie Gewerkschaften 115, Christen 29 von 146 Mandaten. Es fehlen noch die Ergebnisse aus Zwickau, Herborn und Oberhesseln. Aus Zwickau wird jedoch berichtet, daß dort wie in Lugau alle Mandate von den freien Gewerkschaften erobert wurden. In den Bezirken Herborn und Oberhesseln dürfte das Ergebnis genau daselbe sein wie in den übrigen Bezirken.

Die Gelben und sonstigen Splitterorganisationen sind bei den diesjährigen Betriebsratswahlen fast ganz abgefallen. Es war ihnen nur möglich, in einigen Bezirken und dort auch nur eine im Verhältnis zur Zahl der gesamten Mandate geringe Anzahl von Mandaten zu erhalten. Die Zahl der Wähler war auch im Vergleich zu früheren Wahlen verhältnismäßig hoch, haben sich doch 80 bis 96 Proz. aller Wahlberechtigten an der Wahl beteiligt. Selbst das Interessenorgan der Schwerindustrie, die „Deutsche Bergwerkszeitung“, gerät über den Ausgang und die starke Wahlbeteiligung ins Staunen und schreibt in ihrer Nr. 78 vom 2. April u. a.:

„Immerhin ist ein solches Wahlinteresse doch sehr bemerkenswert und verdient vor allem im bürgerlichen Lager die größte Beachtung.“ Die Bergbauunternehmer, die sich jedes Mandat der Gelben Tausende haben kosten lassen, müssen mit Bedauern sehen, wie stark der Wille ihrer Arbeiter ist, mitbestimmend in der Wirtschaft zu werden.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Verantwortlich für Politik: Richard Beunheim; Wirtschaft: Ulrich Salmons; Gewerkschaftsbewegung: Friede, Ehlers; Revolution: A. D. Fischer; Lokales und Sonstiges: Weis, Karstadt; Anzeigen: Th. Siede; förmlich in Berlin: Berlin: Bernhardt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Siegel u. Verlags.

Am Montag, den 3. Mai 1926, Nord  
schlich und unerwartet infolge eines  
Schlaganfalls unter trübender An-  
wesenheit von Kollegen, der Pensionäre  
**Max Prüfert**  
im 60. Lebensjahre.  
Der Verstorbene war 28 Jahre im  
Dienst der Post tätig und von großer  
Pünktlichkeit. Sein Andenken werden wir immer  
in Ehren halten.  
Der Vorstand und die Mitglieder  
der Trauerfeierlichkeiten der  
Schmiede-Jugend zu Berlin.  
Die Beerdigung findet am Sonn-  
abend, den 8. Mai 1926, nachmittags  
3 Uhr im Krematorium Baumgarten-  
weg statt.

**HERRENSTOFFE**  
direkt an Private  
feinste Qualitäten, auch englische zu **Fabrikpreisen**  
von einer in Liquidation befindlichen Großhandlung, nur  
einige Tage, Verkaufszeit 9—6 Uhr  
Schützenstraße 60/62, IV. Etg. (Fahrstuhl) 18195

**J. Baier**  
BERLIN N  
BADSTR. 26  
ECKE PRINZENALLEE  
Spezialhaus für Herren- u.  
Knabenbekleidung  
Die Maß-Abtlg. unter Leitung be-  
währter Zuschneider bietet Gewähr für  
elegante Sitz u. gute Verarbeitung  
Gummi- u. Lodenmäntel  
Sport- u. Berufskleidung

**HUNDE**  
Katz, Papageien und alle  
Haustiere werden behandelt.  
**Tierärztliche Poliklinik**  
Chausseestraße 93  
neues Kriegervereinshaus  
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

**Damen-Konfektions-**  
Haus  
**Hugo Ahronfeld**  
Große Frankfurter Straße 117 an der  
Andersstr.  
Prakt. Sommermäntel ... von 9<sup>50</sup> Wasch-Kleider ... von 3<sup>00</sup>  
Hüps-Mäntel ... von 26<sup>50</sup> Waschseid. Kleider ... von 8<sup>00</sup>  
Borberry-Mäntel ... von 27<sup>50</sup> Reibw. Mousselin-Kleider ... von 13<sup>50</sup>  
Staubmäntel ... von 17<sup>50</sup> Bastseid. Kleider ... von 16<sup>50</sup>

**Küchen**  
jetzt bedeutend billiger  
Eisen-Küchen ... 40 K. 15 K.  
Korallen-Eisen ... 85 K. 130 K.  
Korallen-Eisen ... 95 K. 140 K.  
Korallen-Eisen ... 130 K. 160 K.  
Küchenzubehör, 90 cm ... 35 K. 50 K.  
Ausstellung feiner Eisen-Küchen.  
**Kücheneinzel-Haus**  
Laserstein, Luckauer Straße 1  
Ecke Oranienstr., nahe Moritzplatz

**Das Ziel**  
eines jeden ist:  
Billig und gut einzukaufen!  
Aus meinem großen Lager offeriere ich:  
**Herron-Gabardine-Mäntel**  
zweireihige Form  
43, 48, 49, 59, 75, 85 Mk.  
**Herron-Anzüge**  
in vielen modernen Farben u. Formen  
39, 43, 45, 49, 53, 65, 75 Mk.  
**Covercoats-Paletots**  
in beliebigen Farben  
45, 59, 65, 69 Mk. u. höher  
**Gummi-Mäntel** 13, 50, 18, 50,  
19, 50, 23, 27, 32, 43 Mk.  
u. höher  
**Anzüge u. Mäntel nach Maß**  
unter Garantie für tadellosoe Sitz

Lampenschirm, Gestelle sowie  
sämtl. Zubeh. wie Seide, Batist, Seiden-  
trans, Wickelband usw. in 12 Qualität  
billig in den Spezialgesch. **Japania**  
Dorotheenstr. 58, neben der Kirche,  
Königsplatz Str. 44, nahe Anh. Bahnh.,  
Brunnenstr. 189, Ecke Anklamer Str.,  
Dreißigerstr. 48, a Nord-Südth. Kreuzh.,  
Hohenzollernstr. 16, Ecke Uhländerstr.,  
Charl., Sesenheim, Str. 12, E. Bismarckstr.

**Der gute Kapitän-**  
**Kantabak** ist in den meisten Dampfer-  
geschäften erhältlich  
**C. Röcker, Berlin**  
Lichtenberger Straße 22, Kgl. 3061

**Ischias**  
in 20. Gull  
und 20. Gull  
ist in 20. Gull  
ist in 20. Gull

**Seelisch-Möbel**  
sind wirklich gut und gegenüber  
minderwertigen Fabrikaten im Gebrauch  
**bedeutend billiger**  
Auf Wunsch Zahlungserleichterung  
**O 112. Rigaer Straße 71-73a. O 112.**  
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. Gesch. Mittw. 8-7 Uhr.

**Auf Teilzahlung**  
Herren- und Garderobe  
Knaben-  
Sportpaletots, Gabardine-  
und Gummi-Mäntel  
**MÖBEL**  
Schlafzimmer, Küchen,  
Schränke, Metallbetten, Sofas,  
Chaiselongues  
**Amstel, Gr. Frankfurter Str. 34**  
Strausberger Platz

**Fabisch**  
SPEZIAL-HAUS FÜR HERREN UND KNABENBEKLEIDUNG  
Am Rosenthaler Platz / Rosenthaler Straße 1

Kampf gegen die Obdachlosigkeit.

Hierherdert Menschen in Berlin haben nun wieder ein Heim; vierhundert Menschen — das ist gewiß nicht viel für diese Großstadt, in der es allnächtlich noch Tausende von Obdachlosen gibt. Aber es ist viel für jeden einzelnen dieser Vierhundert, der nun ein Dach über dem Kopfe und des Nachts ein sauberes Bett an seinem Körper spüren darf; und es ist viel für die Heilsarmee, die dieses Männerheim im Norden, in der Kastanienallee 71, errichtete. Sauberkeit und Farbenpracht schufen am Eröffnungstage weit mehr das festliche Gepräge des Hauses, als der spärliche Schmuck von lebendigem Grün, der den Gästen zu Ehren aufgestellt war. Und das ist gut so; denn Sauberkeit und Farbenpracht werden bleiben und jene anderen Gäste empfangen, denen das Haus ja erbaut wurde, und Güte wird bleiben und ihnen das geben, was manches andere Obdach ihnen nur zu leicht nimmt: das Gefühl ihrer Menschenwürde. Vierhundert Betten sind in diesem einstigen Fabrikgebäude untergebracht, zur Hälfte etwa in abgeschlossenen Einzelzimmern, in denen Bett, verstellbarer Schrank und Waschtisch Platz gefunden haben. Für eine Mark pro Nacht werden sie abgegeben, auch für längere Dauer. Für täglich 75 Pfennige etwa können die Bewohner volle Beköstigung erhalten. In den Schlafzimmern kostet das Bett nur 60 Pfennig, doch werden erfahrungsgemäß völlig mittellose Obdachlose nicht abgewiesen, solange noch ein Platz frei ist, ohne daß man nach ihrem religiösen Bekenntnis fragt. Hierin unterscheiden sich die Wohlfahrtseinrichtungen der Heilsarmee so lobenswert von denen anderer religiöser Vereinigungen; die Heilsarmee will erst helfen und dann befragen, und sie hilft auch, wenn ihr die Befehung nicht gelingt. Und alle, die das neue Heim besichtigen durften, nahmen sicher den Eindruck davon mit, daß seine künftigen Gäste, wenn auch nicht den Glauben an Gott, so doch den Glauben an gute Menschen wiederfinden werden. In leuchtenden Farben, rot oder grün, je nach der Etage, präzentieren sich die Einzelzimmern; ganz klein, auf beiden Längsseiten mit Fenstern versehen, sind die großen Schlafzelle, die je an 50 Betten enthalten, alle mit sauberen, waschbaren Bezügen. Tagesszimmer, große Eßsäle, Bäder, die für 15 Pfennig verabfolgt werden, vervollständigen den Eindruck eines wirklichen Heims. Sogar eine Waschküche gibt es hier, in der sich die Aufgenommenen selber ihre Wäsche waschen dürfen. Bürgermeister Scholz als Vertreter der Stadt, der Chef der Berliner Strafanstalten, Vertreter der Gefangenen- und Wohlfahrtspflege sprachen der Heilsarmee ihre Glückwünsche und ihren Dank aus, und der englische Gesandte, Lord D'Abernon, pries ihr Wirken; Vertreter der amerikanischen Gewerkschaft und der französischen Botschaft hatten sich ebenfalls zur Begrüßung eingefunden. Von Frau Dr. Käthe Stresemann, die das Patronat für das Heim übernommen hat, wurde es dann seiner Bestimmung übergeben. Die Kommandeurin der Deutschen Heilsarmee, Mary Booth, durfte ihr für eine Geldspende danken, die von dem Reichsaussenminister dem Heim übermitteln worden war. Freilich wird noch viel gebraucht, um dies Heim dauernd zu erhalten und weitere zu schaffen, damit der Kampf gegen die Obdachlosigkeit mit einigem Erfolg geführt werden kann.

Berlin als Brunnenkurstadt.

Daß Berlin eine Brunnenkurstadt ist, ist nicht gerade neu, aber immerhin interessant. Wenn es zu einer Badereise nicht reicht, oder wer vor einer solchen steht oder sie bereits hinter sich hat, kann im Liepenseepark, im Zoo, am Kreuzberg und bei Kroll eine Vor- und Nachkur machen. Eine Brunnenkurtriebsgesellschaft hat an diesen Orten Auskankstätten eröffnet und die Wasserbesessenen können mit ihren Beckern in den Anlagen Spaziergänge im Kurschritt machen. Im großen ganzen ist das aber doch eine Angelegenheit für Besessene, denn eine vierwöchentliche Kur kostet so etwa einen halben Wochenlohn, abgesehen von der Zeit, die in Werkstatt und Bureau Berufstätige nicht haben. Für die Rolle der Besessenen dürften nur Hausbrunnenturen in Frage kommen, die jetzt von den Krankenkassen bewilligt werden.

Selbstmord eines Liebespaars.

Mit Veronal verfuhrte sich heute vormittag in einem Hotel in der Chausseestraße der 24jährige Kaufmann Sally W. aus der Wollstraße und seine 24jährige Geliebte Anni S. zu vergiften. Hotelangestellte fanden das Paar in ihrem Zimmer in leblosem Zustande auf und alarmierten den Arzt der nächsten Rettungsstelle. Nach längeren Bemühungen gelang es, beide ins Leben zurückzurufen. Mit einem Wagen des Städtischen Rettungsdienstes wurden die Selbstmordkandidaten nach dem Virchow-Krankenhaus geschafft, wo sie schwer darniederliegen. Der Grund zu der Tat ist noch unbekannt.

Ein Rote-Kreuz-Werbefilm.

Im Saal des Langenbeck-Virchow-Hauses, Liebenstr. 58, fand die Uraufführung des Films „Die Schwestern vom Roten Kreuz“ statt. Dieser Film wurde im Auftrage des Deutschen Roten Kreuzes hergestellt und zeigt den Werdegang zweier Schwestern vom Roten Kreuz in schönen, gut gestellten Szenen. Die Film zeigt, der ganz auf Nächstenliebe und Selbstaufopferung aufgebaut ist, fehlt es, gerade in der augenblicklichen Periode sozialer Hilfsbedürftigkeit, an geeignetem Nachwuchs. So soll denn dieser Film wirkliche, ernsthafte Anhängerinnen für diese edelste aller Tätigkeiten werden helfen. Er zeigt die Vielseitigkeit des Schwesternberufs, der sich nicht bloß auf die Hilfe im Krankenzimmer, sondern auf sämt-

liche Arbeiten in Haus und Garten sowie Kinderpflege erstreckt. Daneben wird aber auf die Erhaltung der Gesundheit der Schwester selbst großer Wert gelegt. Die freien Stunden werden durch körperliche Übungen im Freien, Spaziergänge und fröhliche Geselligkeit im Heim angenehm und nützlich verbracht. Für den Fall des Krankheits- und Invaliditätseintritts ist eine glänzende Versorgung der Schwestern vorgesehen. Die Aufführung des Films wurde durch eine herrliche Ansprache des Professors van der Velde eingeleitet, der all denen, die sich selbstlos in den Dienst der Sache gestellt hatten, seinen Dank aussprach.

Für Republik und Demokratie.

In einer Zeit wilder reaktionärer Verheerung, besonders an den akademischen Lehranstalten, ist eine Gründung zu begründen, die von älteren Akademikern ausgeht und den Zweck hat, die akademische Jugend im Geiste der Republik und der Demokratie zu leiten. Der Bund „Reinigung freier akademischer Akademiker“ soll einen Zusammenschluß für alle bedeuten, die auf dem Boden der Republik stehen und ihnen ein wirkungsvolles Auftreten in der Öffentlichkeit ermöglichen. In seinem Präsidium sitzen unter anderem Vizepräsident Dr. Friedensburg, Ministerialdirektor Dr. Falk, Professor Anshüh-Heidelberg, Professor Driesch-Leipzig und der Architekt Professor Kaezlig-Berlin. In dem Bund sprach auf der ersten Versammlung Professor Driesch über das Thema „Der freiheitliche Staat“. Der Staat ist keine religiöse Einrichtung oder überhaupt der höchste Ausdruck der Vernunft, als den ihn viele Staatsrechtler und Philosophen hinstellen, er ist ein Rechtsinstitut. Er soll dem Unrecht wehren und dem Recht Raum verschaffen. Es ist ein deutlicher Fehler, ihn als göttlich hinzustellen. Wir wollen nun diesen Staat republikanisch und demokratisch haben. Warum aber keine Monarchie oder Diktatur? Gegen die Monarchie sprechen drei Momente: Niemals besteht eine Gewähr für die Begegnung des erblichen Nachfolgers, der Monarch kann die persönlichen Beziehungen nicht ausschalten, private Feindschaften können für die Völker verderblich werden. Aber die Hauptsache liegt hierin: Der monarchische Gedanke ist nicht mehr zeitgemäß. Der Glaube an das Gottesgnadentum bleibt die Voraussetzung für jede christliche Monarchie. Ein besonderes monarchisches Gefühl ist aber bei den Deutschen bestimmt nicht zu finden, wie manche behaupten. Ein Volk, bei dem die größte Figur eines Serenissimus beklebt war, ist nicht monarchisch. Und dieselben Gründe sprechen gegen eine Diktatur.

Warum nun Demokratie? Vor allem, weil sie allein die Herrschaft der Besten aus dem Volke ermöglicht. Dies aber hat zur Voraussetzung, daß jeder seine freie Meinung äußern darf und jede Stellung erreichen kann; es gibt keine Vorrechte der Geburt, des Standes und des Geldes. Der demokratische Gedanke ist der einzige, der ethisch fundiert ist, denn nur der ist dem Staate moralisch verpflichtet, der auch seinen Willen in der Verfassung zum Ausdruck bringen kann. Der republikanisch-demokratische Staat muß nun ein persönlicher Staat sein. Es darf keine moralische Vertretung anders denkender existieren, die politische Debatte darf nur mit anständigen Mitteln geführt werden. Der innerpolitische Gegner ist zu achten. Ebensovienig darf dieser Staat nun nach außen aggressiv sein, er muß so geleitet werden, daß er sich einem Staatenbund, der unbedingt kommen wird, reibungslos eingliedern kann. In diesem Sinne muß der deutsche Mensch erzogen werden. Reformbedürftig sind an erster Stelle Schule und Kirche. Der Demokrat darf in gewissen deutschen Gesellschaftskreisen nicht mehr mit Raketen aufgesprochen werden. Man darf nie vergessen, daß die „verachtete Republik“ Deutschland wirtschaftlich und politisch gerettet hat. Der Deutsche hat zu viel Romantik. Statt in der Vergangenheit herumzuwühlen, muß er in die Zukunft blicken. Der Deutsche braucht Klarheit. Wir wollen vernünftige Bürger erziehen, die ihren Staat achten und Würde haben. Wir brauchen aber keine Untertanen!

Eine Giraffe im Zoo.

Gestern morgen traf, nach absolvierter zweiwöchiger Quarantäne in Hamburg, die neue Giraffe im Zoo ein. Es ist ein junges zirka einjähriges Tier, das, zusammen mit drei anderen Giraffen, einem Elefantensullen und anderen Tieren, von dem bewährten Tierfänger Schulz im früheren Deutsch-Ostafrika eingelangt wurde. Nach dem Kriege ist dies die erste Giraffe, die der Zoo beherbergt. Das Tier, das in seiner Heimat in Akazienwäldern lebt, wird vorerst langsam an andere Nahrung, und zwar Heu und Luzerne, gewöhnt und bedarf es hierzu einer ganz besonderen Umsicht und Pflege, die in den Händen der Gattin des kühnen Vossfelders, Frau Schulz, liegt. Der Transport nach Berlin dauerte zirka sechs bis acht Wochen und wurde von dem Tier gut überstanden. Hoffentlich gefällt es der jungen Dame hier bei uns, denn mit dem „auf die Akazien Kettern“ ist hier infolge gänzlichen Fehlens solcher Pflanzen nichts zu machen. Vorläufig tragt sie munter auf und ab und läßt sich „hochgehobenen Hauptes“ bestaunen.

Einweihung der Jugendherberge „Spreeland“.

Als Abschluß der vom 9. bis 16. Mai stattfindenden Märkischen Jugendherbergswache weiht der Zweigauschuß Karl Brandenburg für Deutsche Jugendherbergen am Sonntag, den 16. Mai, nachmittags 2 Uhr, seine Jugendherberge „Spreeland“ in Berkenbrück an der Spree, nahe Fürstenwalde, ein. Das An-

wesen ist im vergangenen Jahre vom Zweigauschuß käuflich erworben und in eine schöne Jugendherberge umgestaltet worden. Sie dient als Stützpunkt für Wanderungen in die wald- und wasserreiche Umgebung von Fürstenwalde und als Liebergang auf der Wanderung Berlin-Frankfurt a. d. O. Alle Freunde der Jugend und der Herbergsgäste sind zu dieser Beiseier, bei der die Jugend singt, spielt und tanzt wird, eingeladen. Berkenbrück ist Fernstation Berlin-Frankfurt a. d. O., auch vom Vorortbahnhof Fürstenwalde in anderthalb bis zweistündiger Wanderung zu erreichen.

Nicht nach Bins!

Man schreibt uns: Seit Jahren bemüht sich die Republikanische Beschwerdestelle und auf ihre Veranlassung hin der Regierungspräsident in Straßburg und der Landrat in Bergen, die Gemeindebehörde in Bins, diesem bekannten Ostseebad, zu veranlassen, sich wenigstens für das Gemeinwohl und das Schulhaus eine Reichsflagge anzuschaffen. Es wird harinädiger Widerstand geleistet und alle Bemühungen waren bisher fruchtlos. Ein Zwang kann wegen der bekannten Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts nicht ausgeübt werden. Bins auf Rügen erfreut sich auch heute noch als einer der wenigen Orte in Deutschland eines Denkmals für Wilhelm II., in dem der Kaiser über alle Massen in Erz gepriesen wird. Die antirepublikanische Gesinnung dieses Ostseebades Bins ist damit so klar erwiesen, daß die Republikaner es sich überlegen dürften, ob sie einem derartigen Bade ihr Geld hinterlegen wollen.

Von anderer Seite wird uns mitgeteilt:

Vor mir liegt ein gedrucktes Prospektbuch: Insel Hiddensee, Ostseebad Bittke. Eingang des Motto: „Diese Klarheit! Diese stumme und mächtige Ströme des Lichts.“ G. Hauptmann. Und auf Seite 6 wörtlich: Es muß noch gesagt werden, daß die Juden Bittke grundsätzlich meiden. Wahrlich kein Wunder, daß da „das Licht mächtig strahlt“. Ich bin überzeugt davon, daß Juden, jüdisch Ausschende, daß alle anständigen Menschen die braven Hafentkreuzler in dem Genuß „dieser Klarheit“ in Bittke nicht stören werden. Die kürzlich unter schwarzweißer Flagge versammelt gemessenen vereinigten Fremdenheimbesitzer werden sicherlich viel Freude an ihnen haben. Und hoffentlich auch ein recht gutes Geschäft, auf daß sie sich nicht allzu bald nach den „Fleischböden Ägyptens“ zurückziehen! Heil Hiddensee! An der deutschen Ostsee voran!

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Das Kasino-Theater hat sich diesmal Fuldas „Verlorenes Paradies“ für seine Bühne verschrieben. Man hat das Stück für die räumlichen Verhältnisse ungeschicklich und spielt es nun recht geschickt zur Freude der Zuschauer, die an den Vorgängen auf der Bühne regen Anteil nehmen. Frieda Waller, Altor Lizek, Adolf Hillebrandt und Emma Lonzel seien von den Darstellern besonders genannt. Vorher wird ein Volksstück „Alt- und Neu-Berlin“ gespielt, das Hans Berg Gelegenheit gibt, das Publikum durch seine Drohkentuschertypen zu beunruhigen. Vom sonstigen Beiprogramm sei nur die wenig erfreuliche Erscheinung Fritz Steidler erwähnt, der zwischen einem „Schlager“, der ohne Übertreibung unserer Großmutterzeit angehört, und einem Hülfschrei nach einem Nachtstol ein Lied singt: „Deutschland zeig Charakter, werde wieder stolz“, in dem er das „feindliche“ Ausland so schildert, wie er es sich vorstellt. Das Kasino-Theater sollte auch hier den Ehrgeiz zur Erziehung des Publikums beweisen.

Willi muß heiraten! heißt das neue Volksstück des Rose-Theaters. Ein unwahrscheinlicher Winkelrechner erhält sein Pflüchchen durch Standartartikel und Erpressungsversuche, die auf der Bühne recht drastisch symbolisiert werden. Als seiner Tochter das unsaubere Gewerbe ihres Vaters klar wird, will sie ihn davon frei machen dadurch, daß sie genügend Geld erwirbt, um ihm ein anständiges Leben zu ermöglichen. Reisterichsministerin von Europa, wie sie hoffte, wird sie freilich nicht, aber sie heiratet einen wohlhabenden Vater, und verfährt sich auch schließlich mit ihrem Vater, der auf sie schloß, als sie sich weigerte, den Mann zu nehmen, den er ihr ausgehütet hatte. So kommt also das Spiel zum glücklichen Ende, und die Darsteller, voran Traute Rose, Martin Knapfeld, Paul Venech, konnten sich für den lebhaften Beifall der Zuschauer bedanken.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Seebadstr. 37/38. Hof 3 Tr. Freitag, 7. Mai, 8 Uhr, 10 Uhr, 12 Uhr, 14 Uhr, 16 Uhr, 18 Uhr, 20 Uhr, 22 Uhr, 24 Uhr, 26 Uhr, 28 Uhr, 30 Uhr, 32 Uhr, 34 Uhr, 36 Uhr, 38 Uhr, 40 Uhr, 42 Uhr, 44 Uhr, 46 Uhr, 48 Uhr, 50 Uhr, 52 Uhr, 54 Uhr, 56 Uhr, 58 Uhr, 60 Uhr, 62 Uhr, 64 Uhr, 66 Uhr, 68 Uhr, 70 Uhr, 72 Uhr, 74 Uhr, 76 Uhr, 78 Uhr, 80 Uhr, 82 Uhr, 84 Uhr, 86 Uhr, 88 Uhr, 90 Uhr, 92 Uhr, 94 Uhr, 96 Uhr, 98 Uhr, 100 Uhr.

Geschäftliche Mitteilungen.

Das Kaloh der Gründung des Erweiterungsbau hat es sich die Firma G. Seleg & Co. besonders angelegen sein lassen, ihre bekannt guten Qualitätswaren in allen Abteilungen erkannlich billig zum Verkauf zu bringen. Wir empfehlen auf das heutige Insekt.

Advertisement for 'Leineweber' clothing. Title: 'In riesiger Auswahl bieten wir für Herren, Junglinge und Knaben moderne Kleidung zu niedrigsten Preisen'. Lists various clothing items like 'Sakko-Anzug', 'Sport-Anzug', 'Kieler Anzüge' with prices. Includes an illustration of a man in a suit and the text 'Berufskleidung für jedes Gewerbe in größter Auswahl zu billigsten Preisen' and 'Leineweber Berlin C. Kölnische Filchnerstr. 4-6'.

**Morgen  
Sonnabend  
10 Uhr vorm.**

# Eröffnung

**Besonderes  
Ereignis  
in Neukölln**

unseres  
**Erweiterungsbaues**

**Ganz bedeutende Vergrößerung**

Fabelhaft billige

## Sonder-Eröffnungs-Preise

Im 1. Stock

Damen-  
und  
Herren-  
Konfektion  
Putz  
Schuhwaren

Im 2. Stock

Teppiche  
Gardinen  
Möbelstoffe  
Teppichsaal  
Erfrischungs-  
Raum

*Damen- und Kinder-Bekleidung*



Putz

3.90

Litortel mit Bandgerüst  
in schwarz, braun und farbig



3.90

Trotteur aus starkem Strohgewebe  
in hellen mod. Farben



4.90

Litortel mit Bandgerüst  
in schwarz und braun



8.75

Bandkappe in modernen  
Farben, neue Form



3.95

Kasack aus kariertem oder gestreiftem  
Waschseide (Kunstseide) aufgesetzte  
Täschchen und Tressengarnierung

Kleid aus hellfarbigem Musselin-  
Stoffen in modernster  
Verarbeitung . . . . . 2.45

Kleid aus gestreiftem und kariertem  
Waschseide (Kunstseide) in  
teicher apt. Verarbeitung 5.00

Mantel aus reizw. hochfarbenen Stoffen  
in grau und braun, feine  
Bordfächerform . . . . . 11.90



Elegant und vornehm ist  
dieser Mantel aus imprä-  
gnierter reiner o. l.  
Gambra-Stoffen 24.50



Jugendl. u. leicht das de-  
belle-Cape-Complet (Kunst-  
seide) komb. aus 19.75  
Wachs, m. Wollse



Für den Sommer das ge-  
eignete Wascheröpe-Kleid  
in Karakulform, rose-  
beilblau und mode 4.85



1.85

Kasack aus buntem gemusterten  
Musselin-Stoffen, gepaspelt und  
Knöpfchen-Garnierung

Mantel aus Alpaca, schwarz und  
marin, besonders als  
Frauenmantel geeignet 13.75

Mantel aus schwarzem Oroman,  
hoch, mit moderner Gold-  
litzen-Garnierung . . . . . 28.50

Kostüm a. reiner, Gabardine, aparte  
Tressengarn. u. mod. Far-  
ben, jugendlich und hoch 29.50



9.75

Jugendl. Hut. Pikotkopf, mit  
Seidenrand und Blumen



11.50

Moderne Bandkappe in  
verschiedenen neuen Farben



12.50

Glocke, Fantasie-Strohkopf, m.  
Crêpe Marocain-Band



8.75

Frauentel aus hellem Litzen-  
geflecht m. Band u. Blumen garn.



9.75

Der praktische Frühjahrs-Mantel  
in hell- und mandelfarbig ge-  
mischten Stoffen



Mädchenkleid  
kombiniert  
aus gestreiftem Plüsch-  
stoff und um Lepyl. mit  
Kasackform. Länge 55  
1.95

Entzückendes  
Kinderkleid  
aus Waschseide,  
entzückende  
Macht. Länge 60  
10.75

Mädchenkleid  
aus Waschseide-  
Kunstseide,  
entzückende  
Macht. Länge 55  
5.90

Entzückende  
Frühjahrs-  
Damen-  
Mäntel

in aparten  
gemusterten  
Stoffen nur  
soweit Vorrat

Serie I  
3.95

Serie II  
7.90



Wärmender Fe-  
linen-Mantel  
mit weißem  
Plüsch-Ansatz  
Länge 45 13.50

Feelinen-  
Mantel  
aus reinweißem  
Cheviot  
Länge 45 9.75



19.75

Apartes Figuralmantel in neuem  
Pastellfarben, feine Plüsch-  
litzen-Garnierung



3.95

Weisse Le non-Pumps  
erstklassiges Fabrikat, wie Abbildung

Blonde Leinen-Spangenschuhe  
höchstes Modell, erstklassige Ver-  
arbeitung . . . . . 5.75



10.90

Lack-Spangenschuhe  
neueste Form, prima Qualität  
wie Abbildung

Lack-Spangenschuhe mit  
Vollabsatz für Damen, neue Form  
8.50



5.50

Weisse Leinen-Spang.-Schuhe  
mit roter Leder-Ornament, siegestes Modell  
wie Abbildung

Weisse Seglerschuhe mit  
weißem angetragenen Gummi-  
sohlen, Größe 36-45 . . . . . 5.50



16.50

Lack-Pumps mit Schnalle  
mit schwarz-weiß-kariertem Hinterteil  
elegantes Modell

Leder-, Reise- und Hausschuhe  
außergewöhnlich preiswert  
Größe 36-42 . . . . . 9.95



12.50

Beige und hellgrüne Spangenschuhe  
aus hellem Kalbsleder, neueste  
Form, wie Abbildung

Direktstoff-Hausschuhe  
Größe 36-42 . . . . . 1.10

# S. Joseph & Co.

Neukölln

Berliner Straße 51-55

Neukölln

**Gratis!**  
beim Einkauf von 8 Mk. an  
und darüber einen fein ver-  
nickelten Brotkorb  
(nur soweit Vorrat)